Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden. Kaden & Comp., Nr. 1968.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 260,— M., durch die Post bezogen monatlich 260,— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 300,— M. Einzelnummer 12,— M. Sonnabendnummer 15,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 35,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 120,— M., auswärts 40,— u. 150,—, Ausland 200 und 400 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 M.

Nr. 268 | Dresden, Freitag den 17. November 1922 | 33. Jahrg.

Die Wahlsiege der englischen Arbeiter

65 Sitze gewonnen! — Stärkung des Verständigungswillens

London, 17. November. Nach den bis gestern, abends 9 Uhr, vorliegenden Wahlergebnissen, haben die Konservativen 343, die Nationalliberalen 52, die Liberalen 57, die Arbeiterpartei 140 und die Unabhängigen 13 Sitze erlangt. Fünf Ergebnisse stehen noch aus. Die konservative Regierung wird eine Mehrheit von 70 bis 80 Stimmen haben. Der frühere Herausgeber des Arbeiterblattes Daily Herald, Lansbury, der sozialistische Schriftsteller Sidney Webb und Philipp Snowden sind gewählt. Fünf Regierungsmitglieder sind geschlagen worden.

Asquith wurde gegen den Arbeiterkandidaten mit geringer Mehrheit gewählt, ebenso Bonar Law gegen den Arbeiter- und liberalen Kandidaten. Der Haupteinpeitscher der Unionisten Oberst Leslie Wilson wurde in Westminster von dem unabhängigen Konservativen geschlagen. Der frühere Schatzkanzler Horne wurde in Glasgow wiedergewählt. Der Arbeiterführer Clynes siegte mit knapper Mehrheit über seine beiden Gegenkandidaten. Morell von der Arbeiterpartei ist gewählt. Kennworthy ist in Hull als Kandidat der unabhängigen Liberalen wiedergewählt worden. Der bekannte Pazifist Buxton ist als Kandidat der Arbeiterpartei gegen den konservativen Gegenkandidaten gewählt worden. Der Arbeiterführer Ben Tillet siegte in Portsalford mit einer Mehrheit von 21 Stimmen. In dem Wahlkreise Widnes (Lancashire) besiegte der Konservative Clayton mit 14 679 Stimmen den Arbeiterführer Henderson, der 12 897 Stimmen erhielt.

•

Die Wahlresultate, die bisher aus England vorliegen, ergeben eine Stimmenmehrheit für die konservative Partei, die genügt, um einer konservativen Regierung einen von Tagesschwankungen und Parteistreitigkeiten nicht beeinflußten Kurs zu ermöglichen. Nach dem Zerfall der Koalition, der die Regierungsunionisten in das Lager der alten konservativen Partei zurücktrieb, war das nicht anders zu erwarten. Ebenso deutete die altenglische Zweiparteien-Tradition auf eine Periode der konservativen Herrschaft hin.

England war bisher in der glücklichen Lage, seine große Politik ganz auf die liberale und die konservative Partei einzustellen. Das bedeutete Politik auf lange Frist und eine Politik, die mit Parteifluktuationen nicht zu rechnen hat. In gewissen Zeiträumen lösten die beiden Parteien einander ab. Wenn während des Krieges scheinbar mit dieser Tradition gebrochen wurde und wenn auch bei den letzten Wahlen, den sogenannten Khakiwahlen, eine Sammelparole ausgegeben wurde, die Liberale und Konservative zusammenführen sollte, so war das doch mehr ein Schein. Lloyd George, der Führer dieser Sammelpolitik, war seiner Tradition nach Liberaler. In seinen Anfängen stand er sogar weit auf dem linken Flügel dieser Partei. Seine Ideen von einer Bodenreform in England, seine Steuerpolitik als Schatzminister waren von einem Radikalismus, der über die Grenzen Englands hinaus Aufsehen erregte. Wenn er als Ministerpräsident während des Krieges konservativere Bahnen zu wandeln schien, so liegen dem die Einflüsse und Notwendigkeiten des Krieges zugrunde. Tatsächlich hat sich aber gerade unter seiner Ministerpräsidentschaft ein wirtschaftspolitisches System herausgebildet, das den Arbeiter als gleichberechtigtes Glied zwischen Arbeitgeber und Staat in die Wirtschaftsführung einschob. Während des Krieges wurde unter den englischen Industriellen oft genug darüber Klage geführt, daß der Staat den Arbeiter bevorzuge. Und nach dem Kriege wurden die großen Arbeitskrisen auf breitester parlamentarischer Grundlage gelöst, auf der Grundlage von Wirtschaftsparlamenten, in denen der Arbeiter als gleichberechtigtes Mitglied im großen Produktionsprozeß seinen Platz fand und in denen er auch Gelegenheit hatte, von dem Arbeitgeber Opfer zu fordern. Auch das deutet mehr auf einen liberalen als auf einen konservativen Kurs hin. Und auch die Siege, die Lloyd George während seiner Regierungszeit davongetragen hat, das Einvernehmen mit Irland, die Neuregelung des Verhältnisses mit den Kolonien, seine Eigenart, internationale Probleme auf interparlamentarischem Wege zu lösen, das alles trägt ausgesprochen liberale Prägung. Wenn also eine Persönlichkeit wie Lloyd George überhaupt parteimäßig eingruppiert werden kann, so muß man ihn dem liberalen Lager zusprechen, und die Zweiparteien-Tradition findet ihre Bestätigung, wenn der Kurs Lloyd Georges jetzt von einer konservativen Regierung unter Bonar Laws Führung abgelöst wird.

Und doch trägt das England der Nachkriegszeit ein wesentlich andres Antlitz als das England aus der Zeit vor dem Kriege. Das Zweiparteiensystem hat zwar noch einmal gesiegt, aber in das englische Parlament ziehen Parteien ein, die in dieses System nicht mehr hineinpassen werden. Zwischen den Konservativen und Liberalen hat sich eine neue Gruppe eingeschoben, die Nationalliberalen, unter Lloyd Georges Führung. Vielleicht wird es einmal der größte Fehler Lloyd Georges in der Geschichte genannt werden, daß er es nicht verstanden hat, sich im rechten Augenblick aus dem politischen Leben zurückzuziehen, sondern daß er um seiner Persönlichkeit willen innerhalb der Liberalen eine Spaltung hervorgerufen hat, die bereits heute das parlamentarische Leben in England unübersichtlicher gestaltet, und die eines Tages zu schwierigen Konstellationen führen kann, die stets Anzeichen eines verfallenden Parlamentarismus sind.

Die englische Arbeiterschaft allerdings wird sich darüber nicht zu beschweren haben. Sie kann aus der Uneinigkeit der Bürgerlichen nur gewinnen, wie das bereits während der vorliegenden Wahlen der Fall gewesen ist. Denn das Bemerkenswerteste an den englischen Wahlen ist die überraschend große Zunahme der Stimmen für die Arbeiterpartei. Mag die konservative Partei auch noch einmal eine regierungsfähige Mehrheit zusammenbekommen, alles in allem betrachtet hat sie starke Verluste erlitten, Verluste, die noch größer gewesen wären, wenn nicht die Uneinigkeit der Liberalen ihnen noch einmal den Steigbügel gehalten hätte. Die Arbeiterpartei hingegen hat absolut an Stimmen gewonnen. Sie wird bedeutend mehr Abgeordnete in das Unterhaus schicken als in der vorigen Session. Sie wird bei weitem stärker vertreten sein, als auch kühnste Berechnungen angenommen hatten. Das hat seine Ursache in der absoluten Einigkeit der englischen Arbeiterschaft, in dem hervorragenden Zusammenarbeiten zwischen der politischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften. Es hat aber auch seine Ursache in der zielbewußten Politik der englischen Arbeiter, die, jedem dogmenhaften Radikalismus fremd, ihr Augenmerk auf die großen Notwendigkeiten des Tages richtet und die keine Sterne vom Himmel herabreißen möchte, während ihr der Boden unter den Füßen schwankt. An dem Machtzuwachs der englischen Arbeiterpartei, die im Parlament wahrscheinlich die zweitstärkste Partei sein wird, wird auch die konservative Partei Englands nicht vorübergehen können. Es wird sehr wertvoll sein, zu beobachten, wie die beiden Extremen, Altkonservative—Arbeiter, in der Folgezeit die Politik Englands führen werden. Denn in den Händen dieser beiden Gruppen ruht jetzt das Schicksal Englands.

Cuno-Kabinett mit Wirth-Ministern?

Eine Lösung der Kabinettskrise scheint sich langsam anzubahnen. Der Reichspräsident empfing am Donnerstag vormittag den Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Cuno, um mit ihm die Möglichkeit einer Lösung der Krise zu besprechen. Cuno erklärte nach Beendigung der Unterredung, zunächst mit den Parteiführern im Laufe des Nachmittags Fühlung nehmen zu wollen und sich dann darüber zu entscheiden, ob er den beabsichtigten Auftrag zur Regierungsbildung übernehme oder nicht.

Am Nachmittag empfing Cuno die Führer der bisherigen Regierungsparteien und Dr. Stresemann von der Volkspartei. Dr. Cuno hat in seinen Gesprächen mit den Parteiführern kein Hehl daraus gemacht, daß er als erste Voraussetzung für die Durchführung einer Kabinettsbildung der Mitarbeit der Sozialdemokratie sicher sein müsse, er aber anderseits auch versuchen wolle, die deutsche Wirtschaft zur Mitarbeit heranzuziehen. Cuno steht auf dem Boden der letzten deutschen Note an die Reparationskommission, der außer von den bisherigen Regierungsparteien auch von der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei zugestimmt wurde. Der sozialdemokratische Unterhändler erklärte Cuno während der Besprechung, daß die Sozialdemokratie die Stabilisierung der Mark als Hauptgrundlage eines eventuellen Regierungsprogramms betrachte.

Cuno will sich noch im Laufe der späten Abendstunden entscheiden, ob er einen eventuellen Auftrag zur Regierungsbildung übernimmt. Falls er sich dazu entschließt, ist zu erwarten, daß er frühestens erst am Freitag abend oder am Sonnabend vormittag zur Wahl der Minister schreitet. Cuno beabsichtige, noch im Laufe der Nacht nach Hamburg zu fahren, will aber bereits Freitag mittag 12 Uhr Hamburg wieder verlassen. Seine Reise nach Hamburg erfolgt, um Rücksprache über geschäftliche Angelegenheiten und mit seiner Familie zu nehmen.

•

Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, gegen den Versuch einer Kabinettsbildung durch Cuno keinen Einspruch zu erheben. Der Vorwärts erläutert diesen Beschluß dahin, daß Cuno für die Sozialdemokratie nicht von vornherein ein unannehmbarer Kandidat sei. Eine endgültige Stellungnahme der Partei könnte aber erst erfolgen, wenn sein Programm und das von ihm vorgeschlagene Kabinett vorliegen.

•

Berlin, 17. November. (Eig. Drahtm.) Der mit der Kabinettbildung beauftragte Generaldirektor der Hapag, Geheimrat Cuno, wird bereits heute nachmittag um 6 Uhr von Hamburg nach Berlin zurückkehren und wahrscheinlich noch im Laufe des Abends versuchen, das Kabinett zu bilden. Nach unsern Informationen beabsichtigt er, Mitglieder der Regierung Wirth bis auf den Reichspostminister Giesberts zu übernehmen. Giesberts scheidet aus Gesundheitsrücksichten aus. Für das Wiederaufbauministerium ist Dr. Hilferding in Aussicht genommen. Die Sozialdemokraten verlangen jedenfalls noch eines der bisher freien Ministerien.

Ein steckengebliebener Putsch

Einigkeit und entschlossener Wille der Arbeiterschaft beseitigte die Gefahr

Am Sonntag den 12. November sollte in Bayern die Putscherei der Reaktion losgehen. Die wüstesten Gerüchte wurden schon am Freitag und Sonnabend durch das Land gesprengt, und die alten Klatschweiber, die gar zu gern auf jedes Ammenmärchen hereinfallen, erzählten, daß in Bayern die Monarchie ausgerufen sei, daß der Eisenbahnverkehr nach Bayern unterbunden sei und daß sonst noch alles drunter und drüber ginge. Der „kritische" Sonntag ist vorüber, es ist nichts passiert, es ist nichts geschehen, und die Ursache dafür finden wir, wenn wir die nachfolgende, dem Zwickauer Volksblatt aus München zugehende Zuschrift eingehend und nachdenklich lesen. In der von gutunterrichteter Seite zugesandten Zuschrift heißt es:

„Der bayerische Putsch ist wieder einmal stecken geblieben. Die Nationalsozialisten, die noch am Sonnabend vor acht Tagen der bayerischen Regierung ein Ultimatum gestellt hatten,

bliesen am Mittwoch in geheimer Versammlung schon zum Rückzug.

Und wenn in einzelnen Freikorpscliquen die Kampfstimmung länger angehalten haben mag, so war doch überall das Ende ein allgemeines Abflauen.

Warum auch diesmal wieder im letzten Augenblick das Zurückzucken? Sicher ist, daß Meinungsverschiedenheiten und Eifersüchteleien zwischen den einzelnen reaktionären Gruppen auch dem geplanten Novemberputsch ein Hindernis gewesen sind, wie sie schon im Sommer stark hemmend gewirkt haben. Zweifellos hat der Nationalsozialistenführer Hitler, trotz oder gerade wegen der Reklame, die sein engerer Kreis für ihn macht, bei andern reaktionären Gruppen an Beliebtheit eingebüßt. Die Herren vom bayerischen Ordnungsblock haben bisher gemeint, daß sie den Fascisten Hitler als Schrittmacher benutzen können, um schließlich über ihn wegzusteigen. Jetzt sehen sie plötzlich, daß der Mann, wenn er auch gewiß seiner Begabung nach nur ein windiger Demagog ist, seinen Ehrgeiz doch wesentlich höher gespannt hat und selber so etwas wie ein Staatsmann werden will. Konkurrenzgefühle kühlen die Sympathien und fördern die Entrüstung, und so will mancher Herrn Hitler nicht einmal mehr gern allein zu Hause sprechen, der sich vorher mit Vergnügen von ihm öffentlich grüßen ließ.

Aber im Grunde ist das Nebensache. Denn wenn die Nationalsozialisten und ihr engerer Anhang selber den Schneid nicht verloren hätten, dann würden ihnen die neuerdings mangelnden Sympathien gewisser „Großkopfeter" auf der Rechten nichts ausmachen. Die Sache ist vielmehr die, daß Adolf Hitler zwar keine politische Begabung höheren Stils, aber wohl einen gewissen Instinkt dafür besitzt, was man unter keinen Umständen mehr riskieren darf.

Und was ihm diesmal den Mut genommen hat, war ganz offenbar die energische Rüstung der sozialistischen Arbeiterschaft!

„Rüstung" im eigentlichen und wörtlichen Sinne: Nämlich die Bereitschaft, körperliche Gewalt mit körperlicher Gewalt abzuwehren. So ergibt sich die Lehre: Man zeige dem Fascismus, daß er mit ernsthaftem Widerstand zu rechnen hat, und man gewinnt zum mindesten eine Wahrscheinlichkeit, daß er selber nicht Ernst macht.

Lernen wir aus diesem Verlauf der Dinge: Nicht aufgeregtes Angstgeschrei, nicht törichtes Gerüchtemachen und Gefahrübertreiben hilft gegen die reaktionäre Gefahr, **sondern Einigkeit der Arbeiter, entschlossenes Zusammenstehen, furchtlose, zielbewußte, planmäßige Wachsamkeit und ebensolche Abwehrmaßnahmen.**

Englisch-französische Orientpolitik

Die Verständigung zwischen Lord Curzon und Poincaré über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Türkei macht Fortschritte. Die englische Regierung übersandte Poincaré eine Denkschrift über die Maßnahmen zur Besetzung der Meerengen usw. Poincaré erwiderte, daß er nichts fände, was im Gegensatz zu seiner Auffassung stände, so daß Curzon schon von einem Einverständnis spricht. Er besucht am Sonnabend Poincaré in Paris. Anschließend soll eine Vorkonferenz Curzon, Poincaré, Mussolini in Territet (Schweiz) stattfinden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19221117/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vier Jahre politischer Mord

Soeben wird von berufener Seite aufs neue die gewaltigste Anklage erhoben gegen die deutsche Justiz und die sorglose Lässigkeit der deutschen Republik. Der Schriftsteller Dr. E. J. Gumbel ließ seine bekannte Schrift: Zwei Jahre Mord in erweiterter Form und bis zum Rathenau-Prozeß fortgeführt in fünfter Auflage erscheinen, und zwar jetzt unter dem treffenden Titel: **Vier Jahre politischer Mord** (Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Fichtenau). Diese erneute Veröffentlichung wirkt wie eine Mahnung des republikanischen Gewissens, kein Politiker kann an ihr vorübergehen. Vor allem aber hat die sozialistische Arbeiterklasse die grauenhaften Tatsachen der Abschlachtung ihrer und der republikanischen Führer zu beachten, um daraus die Lehren für ihre Politik zu ziehen.

Empörend sind die Fälle, die das Buch behandelt, noch aufreizender aber wirken die Ergebnisse, die der Verfasser mit kühler Ruhe feststellt.

354 politische Morde von rechts

werden genau dargestellt, und zwar unter Anführung der Namen, des Datums, der Tatorte, der Art der Tötung, der Namen der Täter und des Schicksals der Ausführenden und Verantwortlichen. Davon sind **326 Morde ungesühnt, 27 teilweise gesühnt, einer gesühnt** (Rathenau). Vollkommene Sachlichkeit und peinliche Gewissenhaftigkeit walten in den Angaben und der Darstellung, wodurch Dr. Gumbel dem Buche eine zwingende Kraft, ja geradezu eine unheimliche Gewalt verleiht.

Begonnen wird mit der Beschreibung der Morde an den Vorwärtsparlamentären, an Liebknecht, Luxemburg, den 29 Matrosen in der Französischen Straße usw. Der zweite Abschnitt behandelt die Ermordung Kurt Eisners und die ungeheuerlichen Verbrechen bei Niederwerfung der Münchner Räterepublik. Hierbei wurden von den Regierungstruppen 186 Personen „standrechtlich" erschossen und weitere 161 Personen ermordet, deren Personalien und Art der Ermordung genau aufgeführt werden. „Der Vorgang ist eintönig immer dasselbe: Denunziation, Verhaftung, Erschießung an der nächsten Mauer, Plünderung der Leiche. Der Täter bleibt straflos, denn ein Verfahren wird gar nicht eingeleitet." Die Gumbelsche Liste ist keineswegs vollständig, wie der Verfasser hervorhebt, denn nach den amtlichen Angaben sind in München allein 184 Menschen „tödlich verunglückt", der Ausdruck für ermordet. Insgesamt sind **in München und Umgebung 457 Personen willkürlich getötet worden.** Sühne? So gut wie Null!

Ein besonders aufreizend wirkendes Kapitel ist die Behandlung des **Kapp-Putsches**, seiner blutigen Folgen und seine Erledigung. Nach Darstellung vieler scheußlicher Fälle werden dann die Ergebnisse der Erledigung des Kapp-Putsches und der Münchner Räteregierung in zwei Tabellen gegenübergestellt. Die amtlich verkündeten Zahlen besagen:

Kapp-Putsch

Verbrechensfälle 705. Davon amnestiert 412, durch Tod oder andres erledigt 109, Verfahren eingestellt 176, noch nicht erledigt 7, bestraft 1 (einer!)

Offiziere beim Kapp-Putsch beteiligt: 775. Ihre Verbrechen wurden wie folgt erledigt: Einstellung des Verfahrens 486, Beurlaubungen 91, Versetzungen 57, Dienstenthebungen 48, disziplinare Erledigung 13, noch keine Entscheidung 74, Verabschiedung 4. Gesamtstrafe: 5 Jahre Festungshaft (v. Jagow).

Militärs der Kapp-Regierung 60. Gesamtstrafe: Null!

Kappisten in der Provinz 510. Gesamtstrafe: Null!

Bayerische Räte-Regierung

Beteiligt 52 Personen. Gesamtstrafe: **135 Jahre 2 Monate Zuchthaus, Gefängnis, Festung.**

Militärs der Räte-Regierung 72. Gesamtstrafe: **2 Erschießungen, 276 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Gefängnis, Festung.**

Räterepublikaner in der Provinz 60. Gesamtstrafe: **204 Jahre 2 Monate Zuchthaus, Gefängnis, Festung.**

Demnach sind gegen die Anhänger der bayerischen Räterepublik Strafen von insgesamt **616 Jahren Einsperrung** verhängt worden. Gegen die Anhänger des Kapp-Putsches 5 Jahre Festung. Dabei sind die bayerischen Zahlen unvollständig, die Kapp-Zahlen vollständig. — So werden von der Justiz der deutschen Republik Umsturzversuche erledigt — je nachdem sie von rechts oder von links kommen.

Nach Aufzählung aller politischen Morde im ganzen Reiche, auch derer von links, stellt Dr. Gumbel folgendes fest:

Die politischen Morde von rechts:

Gesamtzahl 354. Gesamtsühne 90 Jahre 2 Monate Einsperrung, 730 M. Geldstrafe. Daß hier überhaupt nennenswerte Strafen verbucht werden konnten, bewirkten die Verurteilungen gegen die Rathenau-Mörder. Sie waren nur möglich durch den Staatsgerichtshof.

Die politischen Morde von links:

Gesamtzahl 22. Gesamtsühne **10 Erschießungen, 248 Jahre 9 Monate Einsperrung, 3 lebenslängliche Zuchthausstrafen.**

Auch bei den Bestrafungen der politischen Morde von rechts und links zeigt sich die deutsche Klassenjustiz in all ihrer Scheußlichkeit.

Dr. Gumbel betont: All diese Angaben umfassen nur einen Teil der überhaupt vorgekommenen Tötungen. Nicht aufgenommen wurden alle Morde, wo die erschießende Partei behauptet, daß sie von der Menge angegriffen wurde, gleichgültig, ob dies nachweisbar ist oder nicht (der Verfasser nennt 62 Tötungen als Beispiel), weiter alle Tötungen in Oberschlesien, wo die Motive nicht rein innerpolitisch waren, ferner alle Fälle, die im Anschluß an Demonstrationen passierten, schließlich auch nicht die Körperverletzungen und Mordversuche (z. B. auf v. Gerlach, Auer, Scheidemann, Harden) und die schier unzähligen Fälle, in denen es dem Verfasser nicht gelang, zuverlässiges und einwandfreies Material zu bekommen. Auch dies bürgt für die Gewissenhaftigkeit der Angaben.

Dr. Gumbel hat die erste Auflage seiner Schrift seinerzeit an die zuständigen Staatsanwaltschaften in allen Reichsteilen geschickt mit der Aufforderung, Anklage zu erheben gegen die Mörder — oder gegen den Verfasser. Nichts ist aber geschehen. Auch der damalige Abg. Radbruch forderte die Verfolgung vom Reichsjustizminister und hat inzwischen, nachdem er selber Reichsjustizminister wurde, alles versucht, die Justizverwaltungen der Länder, die bis zum Erlaß der besonderen Schutzgesetzgebung für die Strafverfolgung allein zuständig waren, zu Maßnahmen zu veranlassen. Ueber das Ergebnis kündigte er eine Denkschrift an und gewährte Dr. Gumbel Einblick in die Vorarbeiten dazu. Gumbel sagt über diese Vorarbeiten: **„Darin sind alle Behauptungen dieses Buches mit dürren Worten amtlich bestätigt.** Noch mehr: **die Wirklichkeit übertrifft die Angaben um vieles."** Gumbel glaubt aber gerade deshalb, daß die Denkschrift trotz den guten Absichten des Ministers nie erscheinen werde. Es wird sich zeigen, ob die Verwaltungen der Klassenjustiz in den einzelnen Ländern auf die Dauer stärker sind als das Reichsjustizministerium. Gumbel stellt am Schluß fest: **„Kein Staatsanwalt hat versucht, die Richtigkeit der Darstellung zu bestreiten, aber auch kein Staatsanwalt hat ein Verfahren eröffnet. 330 politische Morde, wovon 4 von links und 326 von rechts begangen wurden, sind und blieben unbestraft!"** — Beachtlich sind noch folgende Zusammenstellungen:

Die Formen der politischen Morde

Die 354 Morde von rechts werden wie folgt bezeichnet: „Tödlich verunglückt" 184, willkürlich erschossen 73, „auf der Flucht erschossen" 45, angebliches Standrecht 37, angebliche Notwehr 9, im Gefängnis oder auf Transport gelyncht 5, angeblicher Selbstmord 1.

Die 22 Morde von links werden so rubriziert: Als Repressalie erschossen 10, willkürlich erschossen 8, angebliches Standrecht 3, angebliche Notwehr 1.

Die Sühne der politischen Morde

Morde von rechts	354	Morde von links	22
davon ungesühnt	326		4
teilweise gesühnt	27		1
gesühnt	1		17
Zahl der Verurteilungen	24		10
Geständige Täter freigesprochen	23		—
Geständige Täter befördert	3		—
Dauer der Einsperrung pro Mord	4 Monate		38 Jahre
Zahl der Hinrichtungen	—		15
Geldstrafe pro Mord	2 Papiermark		—

Abschließend stellt der Verfasser die Geheimorganisationen, ihre vorgeblichen „nationalen" Ziele, ihr Werden und ihre soziale Struktur dar. Die Mörder sind durchweg ehemalige Offiziere und Militärs, riskieren nichts, werden durch Organisationen geschützt, gefeiert, leben herrlich und in Freuden. Der politische Mord ist aus einer heroischen Tat zur alltäglichen Handlung, ja beinahe zu einer leichten Erwerbsquelle für gewisse „nationale" Kreise geworden. Die Klassenjustiz verfolgte die Mörder nicht. Die Gerichte erfanden und handhabten (bis zur Einrichtung des Staatsgerichtshofes) eine bestimmte Technik des Freispruchs in den Fällen, die zufällig vor sie kamen. Die Rechtspresse und die Politik der Rechtsparteien schuf und schafft immer wieder den Boden, auf dem das nationalistische Mördergesindel wuchert.

Weder sind die Mordorganisationen erstickt, noch die Mordseuchenherde München und anderswo ausgebrannt. Da die reaktionären Rechtsparteien durch Demokratie nicht wieder hoch kommen können, sondern nur durch Diktatur und Terrorismus, werden sie immer wieder zum politischen Morde greifen. Gerade jetzt, wo die politische Mordkomarilla in Italien die sozialistische Arbeiterklasse vergewaltigte und die Regierung usurpierte, wittern die deutschen „Faszisten" Morgenluft. Die verbotenen Mordorganisationen blühten unter andern Namen erneut auf, sind dreister als je und rüsten in Verbindung mit der gesamten Reaktion zu neuen Schlägen. Von Bayern aus kann es jeden Tag losbrechen, wobei zu beachten ist, daß die Reaktion noch über starke Waffenlager verfügt. Wer diese Waffenlager denunziert, wird als „Landesverräter" verhaftet und ins Zuchthaus gesteckt, wenigstens in Bayern.

Der Mordreaktion muß aber endlich planmäßig und mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Die sozialistische Arbeiterklasse ist der einzige Machtfaktor, dessen Kraft ausreichen kann, die politische Mordseuche zu ersticken. Aus elementarer Lebensnotwendigkeit heraus wird sie gezwungen, den Würger ihrer eigenen Führer und der Träger des republikanischen Prinzips endlich zu erschlagen.

Kommunisten und Nationalsozialisten

Die Verbindungsfäden werden enthüllt!

München, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Münchner Neuesten Nachrichten bringen heute die aufsehenerregende Meldung, daß nach amtlichen Feststellungen der rechtsradikale Bund Oberland seit Juli 1921 durch den Abgeordneten Otto Graf mit der Kommunistischen Partei in Verbindung gestanden habe. Hauptmann Römer habe ihn wiederholt unter falschem Namen zu Sitzungen des Bundes mitgenommen. Angeblich soll Graf auch geldliche Unterstützungen erhalten haben. — Der in Haft befindliche Oberland-Führer Römer wird beschuldigt, gegen Ehrhardt einen Mordversuch unternommen zu haben.

Dortmund, 16 November. (Eig. Drahtb.) Am Freitag soll hier in einer Versammlung der bekannte Münchner Nationalsozialist Esser referieren. Die Polizei hat die Versammlung verboten. Es verlautet aber, daß die Nationalsozialisten entschlossen sind, die Versammlung trotzdem abzuhalten. Eine Hundertschaft Nationalsozialisten soll Esser nach Dortmund begleiten. Diese Meldung läßt auf enge Verbindungen zwischen den Führern der Krawalle im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und den Münchner Nationalsozialisten schließen.

Zeichen eines Einvernehmens wurden aber wiederholt beobachtet. So waren in Köln Elemente an der Arbeit, die offenkundig aus reaktionären Schichten stammten. Eigenartig ist auch, daß vor allem jüdische Geschäfte geplündert wurden. Auch der Vorwärts sagt: Es erscheint uns notwendig, festzustellen, **inwieweit die deutschvölkischen Nationalsozialisten hier ihre Hand im Spiele haben.** Ergibt sich, daß am Niederrhein **eine Art Einheitsfront zwischen Kommunisten und Deutschvölkischen besteht,** ergibt sich, daß die Deutschvölkischen die rheinische Hungerkrise tatsächlich benutzten, **um Revolten zu inszenieren,** so wäre es die **Pflicht der Regierung, mit aller Schärfe zuzugreifen.** Es geht nicht an, daß einzelne irregeleitete Arbeiter und aufgehetzte Massen zur Verantwortung gezogen werden, während **die eigentlichen Drahtzieher ungeschoren bleiben und ihr verbrecherisches Handwerk weiter ausüben können.**

Leben • Wissen • Kunst

Aus Gerhart Hauptmanns Lyrik

Für die heutige Veranstaltung der VVK sind Liedertexte wegen der hohen Kosten nicht gedruckt worden. Wir geben darum — zugleich als Proben Hauptmannscher Lyrik — den Wortlaut der zum Vortrag kommenden Gesänge hier wieder. Wer das Blatt mitbringt, kann also nachlesen. Aber bitte: Nicht knittern und rascheln während des Konzerts!

Zwei Lieder des Rautendelein

Weiß nicht, woher ich kommen bin,
Weiß nicht, wohin ich geh',
Ob ich ein Waldvöglein bin
Oder eine Fee.

Die Blumen, die da quillen,
Den Wald mit Ruh erfüllen,
Hat einer je vernommen,
Woher die sind kommen?

Abermanchmal fühl' ich ein Brennen,
Möchte so gerne Vater und Mutter kennen.
Kann es nicht sein, [kennen.
Flüg' ich mich drein.
Bin doch ein schönes, goldhaariges Waldfräulein.

In tiefer Nacht mutterseelenallein
Kämm' ich mein goldenes Haar,
Schön schönes Rautendelein.
Die Vöglein wandern, die Nebel ziehn,
Die Heidefeuer verlöschen glühn.
Mir ist weh, zu eng ist mein Kleid,
Ich arme verwunschene Brunnenmaid.
Im Mondenscheine kämm' ich mein Haar,
Und denke des, der mein Buhle einst war.
Die Glockenblumen läuten —
Läuten sie Glück, läuten sie Qual?
Beides zumal
Dünkt mich, soll es bedeuten.
Hinab, hinab, die Zeit ist um,
In Wasser und Lang,
Ich blieb schon zu lang.
Hinab, hinab!

(Aus: Die versunkne Glocke.)

Sidsellis Lied

Ich schlage einen weichen Harfenklang —
Hört im leisen Hauch!
Meine Seele wandert,
Wie ein Zugvogel wandert meine Seele
Durch den einsamen Raum.
Ich bin allein.
Meines Liebsten Lachen tut mir weh,
Es ist allzu süß!
Ach, wie soll ich, was allzu süß ist, entbehren?
Und doch werd' ich es einstmals entbehren müssen.
Ich weiß, ich weiß, ich bin allein.
Wolken ziehen um mich im herbstlichen Raum.
Ich selbst bin ein Gewölk unter Wolken,
Ein Frühlingswölkchen, das leise zergeht.

(Aus: Schluck und Jan.)

Wie eine Windesharfe

Wie eine Windesharfe sei deine Seele, Dichter!
Der leiseste Hauch bewege sie,
Und ewig müssen die Seiten schwingen
Im Atem des Weltwehs.
Denn das Weltweh ist die Wurzel der Himmelssehnsucht. —
Also steh deiner Lieder Wurzel
Begründet im Weh der Erde;
Doch ihre Scheitel krönet Himmelslicht.

Theater

Die Neuaufführung der Rose Bernd im Neustädter Schauspielhause hat gegen die frühere als Ganzes sicher gewonnen. Leo Mittlers Formwille wird deutlich spürbar, in der Gestaltung des szenischen Bildes, in Rhythmus und Tempo von Sprache und Handlung; er weiß zu gliedern, zusammenzufassen, abzutönen und zu steigern. Was er freilich nicht vermag, ist, in die Darsteller mehr an Eigenleben hineinzugießen, als von Natur in ihnen steckt. Das fällt besonders unangenehm auf bei Herrn Straube (Flamm). Seine nicht einmal registerreiche Routine langt für Hauptmann nicht zu; dieser Dichter fordert, anders als Moser und Blumenthal, Darsteller, die den Menschen von innen heraus erleben und nachschaffen. Statt des warmblütigen Mannes, den die Not ungestillter Sinne in die Arme des schönen Bauernmädels treibt, gab Herr Straube einen gelbliten Schwerenöter, der späterhin mit beinahe komischer Verzweiflung sich in der Patsche sitzen sieht, aber elegant, wie im Schwank üblich, sich am nächsten Strohhalm wieder auf die Höhe der Situation schwingt: Voilà! — Blaß in der Farbe, unsicher im Umriß war Herrn Kreuks August Keil — er verschwand ganz neben dem prächtigen alten Bernd Albert Willis, außer Frl. Spalke — in einer kleinen Jungmädchenrolle — der einzige Darsteller, der Hauptmann ganz gerecht wurde. Frl. Rosmer als siehe Frau Flamm schlug rührende Töne der Güte und des Schmerzes an, ohne jedoch im Innersten zu erschüttern, und um die heiteste Gestalt des Stückes, den „schönen Strukmann", mühte sich Herr Raffael mit vielem Stimmaufwand und weitausholenden Gesten; vom Urtier, das den Verführer beherrscht und ihn, erwacht, so gefährlich macht, war freilich nichts in ihm.

Bleibt noch Frl. Zeitzigs Rose Bernd. Sie ist beträchtlich reifer als vor zwei Jahren; im letzten Akt, da das zu Tode gehetzte Bauernmädel ganz einsam Aug' in Auge dem Schicksal gegenübersteht, reckt sie sich zu tragischer Größe; denn hier fällt von ihr ab, was in den vorgehenden Akten keinen reinen Eindruck aufkommen läßt: ihr bewußtes Schauspielertum. Von Anfang an betont, unterstreicht Frl. Zeitzig zu stark. Gäbe sie sich schlichter, dumpfer, nicht so überdeutlich, daß sie fast, wie in der letzten Begegnung mit Frau Flamm, zur Karikatur wird, die Wirkung, die von ihr ausginge, wäre noch ergreifender und die Steigerung gegen den Schluß stärker. pm.

Konzerte

Liederabende. An zwei aufeinanderfolgenden Abenden lernte man zwei sehr sympathische Sopranstimmen kennen. Marcella Craft, die an der Münchner Staatsoper etwa das ist, was der Dresdner einst Minnie Nast war, nämlich die „lyrische Soubrette", eine Begabung, die nur in den seltensten Fällen zu treffen ist, machte bei ihrem ersten hiesigen Auftreten im Konzertsaal (Künstlerhaus) die Herzen der Hörer so schnell warm, daß sie zuletzt so durch Beifall ausgezeichnet wurde, als wäre sie eine der beliebtesten hiesigen Künstlerinnen. Ja, wenn stimmliche Feinkultur und natürliches, liebenswürdiges Wesen zusammenwirken, kann es auch kaum anders sein. August Schmid-Lindner am Flügel war ein trefflicher Flügelmann, genau wie Johannes Strauß, der die andre Sängerin Maximiliane Schueller betreute, ein junges Blut, deren warmer, heller Sopran sehr erfrischend wirkte. Die höchste Lage ist zur Zeit noch nicht ganz hemmungsfrei, weshalb die Liederauswahl mit Bedacht getroffen werden muß. Sie bemüht sich auch mit Erfolg um die Vortragsgestaltung, nur ist die letzte, zwingende Reife noch nicht zu verlangen. Dank verdient, daß sie sich auch für einen lebenden Tonsetzer (Korngold) einsetzte. Kr.

Dresdner Kalender

Theater am 18. November. Opernhaus: Hoffmanns Erzählungen (7½). — Schauspielhaus: Propheten (7½). — Neustädter Schauspielhaus: Rose Bernd (7½). — Residenz-Theater: Madame Flirt (7½).

Sonnabendvesper in der Kreuzkirche (6). Werke von Franz Liszt und Peter Cornelius. 1. Liszt: Fantasie und Fuge für Orgel über B-A-C-H. 2. Cornelius: Drei Psalmenlieder für Chor zu Klavierstücken von Sebastian Bach, Werk 18. a) Bußlied (nach Ps. 88). b) An Babels Wasserflüssen (nach Ps. 137). c) Jerusalem! (nach Ps. 122). 3. Cornelius: Vater unser, Lied für eine Singstimme mit Orgel aus Werk 2. 4. Der Herr erwählt sich immer, Lied (K. Ph. Spitta). 5. Cornelius: Geheiliget werde dein Name, Lied für eine Singstimme mit Orgel aus Werk 2. 6. Liszt: Vater unser (Pater noster) für vier- und sechsstimmigen Chor mit Orgel aus dem Oratorium Christus. Mitwirkende: Der Kreuzchor. Solistin: Helene Jung, Mitglied der Staatsoper (Alt). Orgel: Bernhard Pfannstiehl. Leitung: Otto Richter. Eintritt frei. Texte, 8 M., an den Kirchtüren. Numerierte Plätze (60 M. einschl. Text) auf den ersten Emporen zum Besten des Gefallenen-Ehrenmals in der Kreuzkirche sind vor der Vesper am Altarportal zu haben.

Nikita Bines spricht nächsten Dienstag, 7½ Uhr, in der Kunstausstellung Emil Richter, Prager Straße 18, nochmals: Vom Leben des Einsiedlers Sosima aus Die Brüder Karamasoff von Dostojewski.

Volkshochschule. Die Teilnehmer der bodenkundlichen Ausflüge mit Fr. Johannes Hartmann treffen sich Sonntag den 19. November, vormittags 9½ Uhr, am Alaunplatz (Priesnitzbad).

Galerie Arnold. Der Eröffnungstermin der Berliner Sezession wird noch um einige Tage verschoben. Näheres wird bekanntgegeben.

Vereinigung der Kursusteilnehmer an den studentischen Unterrichtskursen. Am 28. November, abends 7½ Uhr, findet in der Aula der Realschule, Vitzthumstraße, ein musikalischer Abend des Kreislerinnen-Orchesters statt. Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag von 20 M. erhoben. Es wird um recht zahlreichen Besuch gebeten. Die Vortragsabende der Vereinigung finden jeden zweiten und vierten Freitag im Monat im Oberlichtsaal, Jahnsgasse, abends 7½ Uhr, statt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19221117/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Eine Mahnung an die Kapitalisten

Die Aufmerksamkeit der Reichstagsabgeordneten galt am Donnerstag naturgemäß viel mehr der ungelösten Krise als den Verhandlungen im Sitzungssaale über die Not der Wissenschaft. Die Wandelhalle war belebt von Parlamentariern und Journalisten, die erörterten, wer der kommende Mann sein werde. Unterdessen wurde im Sitzungssaale manche gute Rede über die Notlage der deutschen Wissenschaft gehalten, und mancher gute Vorschlag wurde gemacht. Nur selten ging der Parteigeist durch den Raum. In der Sorge um deutsches Kulturgut gibt es doch viel Einheitliches zwischen allen Parteien. Mit einer temperamentvollen, packenden Rede eröffnete Genosse Dr. Moses, ein Mediziner, den Tag

Er führte u. a. aus: Mit den Worten „Wissen ist Macht" hat Wilhelm Liebknecht seinerzeit in Berlin die Arbeiterbildungsschule gegründet und damit gezeigt, welch hohen Respekt die deutsche Arbeiterschaft vor der Wissenschaft hat. Gerade sie empfindet es außerordentlich stark und schmerzlich, daß die Not der Zeit auch vor der Wissenschaft nicht Halt macht. Die Not der Wissenschaft hindert den Aufstieg der Arbeiterklasse. Wir begrüßen die Interpellation des Zentrums und bedauern, daß uns die Antwort der Regierung nicht befriedigen konnte. Leidet die Wissenschaft, dann leidet das ganze Volk, sein geistiges und wirtschaftliches Leben gerät in größte Gefahr. Leider haben unsre Großindustriellen noch nicht erkannt, daß insbesondere der Industrie aus diesen bedauerlichen Zuständen schwere Gefahren drohen. Sie haben ihre Ehrenpflicht, die wissenschaftlichen Institute vor dem Verfall zu bewahren, leider noch nicht erfüllt und müssen sich darin von den Industriellen des Auslandes beschämen lassen. Der japanische Stinnes, Hoshi, der schon vor zwei Jahren zugunsten der deutschen Wissenschaft viele Millionen spendete, hat auch jetzt wieder, vornehmlich für die deutsche Chemie, 300 Millionen Mark gestiftet und dazu noch einen Beitrag von 50 Millionen Mark für die allgemeinen Zwecke der deutschen Wissenschaft. Wenn mir von dem, was die deutschen Stinnesse für die Wissenschaft ihres Landes getan haben, nichts bekannt ist, dann liegt das offenbar nur an meiner Unkenntnis. (Heiterkeit links.) Wie auf die deutschen Großindustriellen und die deutschen Banken, die im Gelde schwimmen, so ist auch nicht auf die neuen Reichen, auf die deutsche Schiebokratie, zu rechnen. Sie geben lieber für ein Theaterbillett 20 000 M. an den Billettshändler und stiften noch viel lieber für den rohen Vorkampf 200 000 M. Prämie. Wie groß die Not der deutschen Wissenschaft ist, zeigt die Tatsache, daß es in den Forschungsinstituten sogar schon an Versuchstieren fehlt. Selbst Frösche und Mäuse können nicht mehr beschafft werden. In Dahlem sind die wenigen noch vorhandenen Tiere schon halb verhungert, weil die Futterkosten nicht mehr aufgebracht werden können. Besonders beklagenswert ist es, daß die Röntgenforschung gerade in dem Augenblick so schwer leiden muß in dem von ihren Untersuchungen die Heilung des Krebses erwartet wird. Unbedenklich werden Milliarden für die Reichswehr ausgegeben, obwohl nicht auf ihr, sondern auf der deutschen Wissenschaft die Kultur und die Bildung unsres Landes beruhen. Es ist gerade in diesen Tagen sehr viel von Produktionssteigerung die Rede. Wenn die Industriellen diese erreichen wollen, dann dürfen sie dafür nicht die Arbeiter allein in Anspruch nehmen, sie müssen vielmehr ihre Kapitalien zur Unterstützung der Wissenschaft heranziehen. Während die Regierung der Ausbreitung des Alkoholismus tatenlos zusieht, hat sie sich noch nicht dazu aufgeschwungen, den wissenschaftlichen Instituten steuerfrei den Alkohol zu liefern, ohne den wissenschaftlich nicht gearbeitet werden kann. Um die Not der Aerzteschaft zu beseitigen, muß die Heilkunde vergesellschaftlicht werden. Arbeiterschaft und Wissenschaft gehören zusammen. Darum wird die Arbeiterschaft auch alles aufbieten, um die Wissenschaft zu erhalten. Versagt die bürgerliche Gesellschaft, dann wird die Arbeiterschaft mit ihren bescheidenen Mitteln für die Wissenschaft eintreten, die Macht ist und Macht schafft. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Manches gute Wort fand auch der Deutschnationale Strahtmann, ein Erlanger Theologieprofessor, der auf dem politischen Gebiete leider ein übler Kämpe ist. Er teilte u. a. mit, daß viele wissenschaftliche Institute ihren Etat allein für Kohle verbrauchen.

Tiefen Eindruck machte die Rede des Abg. Professors Schücking. Er verwies der offiziellen Berliner Studentenschaft die Unart, die sie damit begangen hat, daß sie dem größten lebenden Dichter Deutschlands, Gerhart Hauptmann, die schuldige Ehrung verweigerte. Aber Herr Schücking ist bekanntlich Republikaner und Pazifist, weshalb er bei den „charaktervollen" Führern der deutschen Studentenschaft ohne weiteres erledigt ist. Mit großer Wärme trat Schücking für die notleidenden Studenten ein, von denen 85 v. H. nicht das Existenzminimum hätten. Beachtenswert ist seine Anregung, Kulturattachés bei den deutschen Gesandtschaften im Auslande zu schaffen. Für die Not der deutschen Wissenschaft konnte auch Schücking erschütterndes Material vorlegen. So sei das einzige, wirklich völkerrechtliche Seminar in Deutschland, das Kieler, in Gefahr, geschlossen werden zu müssen, weil ihm 250 000 M. fehlen.

Der Bayerische Volksparteiler Beyerle versuchte den etwas ins Wanken geratenen Ruf vieler deutscher Hochschullehrer wiederherzustellen, indem er darauf hinwies, daß doch bei weitem nicht alle Professoren von monarchistischem Preußengeist und blinder Parteileidenschaft beseelt seien. Bemerkenswert war seine Mitteilung, daß der Papst 20 000 Lire zum Studium italienischer Kultur für Deutschland gestiftet habe.

Die Interpellationsdebatte wurde abgeschlossen von einer Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Pfeifer, des jetzigen deutschen Gesandten in Wien, der als Kulturpolitiker des Zentrums sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollte, über die Not der Wissenschaft zu sprechen. Er hatte einen guten Tag, und mit Recht erinnerte er daran, wie es nahezu unmöglich gewesen sei, vor dem Kriege die Reichsregierung für Kulturpolitik zu erwärmen, und wie es trotz der finanziellen Notlage der Republik inzwischen doch so viel besser geworden sei. Die Rede des Staatssekretärs Schulz, der ja auch in der neuen Regierung wirken werde, sei eine gewisse Gewähr dafür, daß für die Wissenschaft das Mögliche geschehen werde.

Kleine Mitteilungen

Die Geographie Berlins. E. K. Roellinghoff übermittelt der V. J. a. Mittag Fritzchens Aufsatz: „Die Geographie Berlins." Er lautet: „Berlin ist die Ueberhauptstadt von Deutschland. Früher war es die Residenz. Aber jetzt ist es die Präsidenz. Seine Bewässerung erfolgt durch die Fremden. Weil Berlin am Fremden-Strom liegt. Derselbe sorgt auch für Ueberflutung. Er hat auch Berge. Besonders wenn Kutscherstreik war, erfreut man sich der Müllgebirge. Auf der Rechts-Seite von Berlin ist der Haken-Kreuzberg, auf dem die neue Antisemieten-Verordnung entstanden ist. Der westliche Teil ist noch ziemlich unerforscht und zerfällt in Charlottowskoje, Wiljmerskoje und Schenebergskoje. In der letzten Zeit sind fruchtlose Versuche mit deutschen Ansiedlungen gemacht worden. Die Fauna besteht aus Pferdekräften. Je raffker, je dollar. Die Seiden-Flora ist auf der Tauentzienstraße an der Kaiserwillem-Memoiren-Kirche zu finden. Zum Unterschiede von der Bann-Promenade am Reichstag, wo keine gehen dürfen. Auch für Anlagen ist gut gesorgt. Sommer und Winter stehn an jeder Ecke zwei Immer-Grüne. Die Umgebung Berlins besteht aus der Mark Brandenburg. Dieselbe zeichnet sich durch Buckow aus, weil das der einzige Ort ist, wo unsre Mark noch etwas wert ist.

Die deutsche Wissenschaft und das Ausland. Wie die V. J. am Mittag meldet, teilte der japanische Großindustrielle Hajimi Hoshi, der bereits vor zwei Jahren 100 000 Yen zur Förderung der deutschen chemischen Wissenschaft gestiftet hatte, gelegentlich eines Festessens für die Spitzen der chemischen Wissenschaft Deutschlands mit, daß er eine neue Stiftung zugunsten der chemischen wissenschaftlichen Institute, weiterhin aber für die gesamte deutsche Wissenschaft ins Leben gerufen habe. Er stellte seinerzeit auf drei Jahre monatlich 2000 Yen, das sind nach dem heutigen Geldstande 8 000 000 M. zur Verfügung, im ganzen also auf drei Jahre verteilt etwa 300 Millionen M. Neben diesen Stiftungen stellte er 40 000 000 M. für allgemeine Zwecke der deutschen Wissenschaft zur Verfügung. Dem japanischen Botschafter Sijoki gebührt, wie die V. J. hervorhebt, das Verdienst, die großen Industrieunternehmer Japans, die bereits vor einem Jahre Berlin besucht und hier ihre Beziehungen befestigt haben, immer wieder auf die Notwendigkeit der Verbindung der japanischen Industrie mit der deutschen Wissenschaft hingewiesen zu haben.

•

Madrid, 15. November. Der Erlanger Professor Wintz hat seine Vorträge vor der medizinischen Fakultät und vor der Röntgengesellschaft über die Krebsbehandlung abgeschlossen. Die Vorträge fanden den größten Beifall. Wintz wurde durch ein Bankett geehrt und vom Könige empfangen.

Cunos Laufbahn

Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Wilhelm Cuno steht, so lesen wir im Vorwärts, im 47. Lebensjahr. Er stand bis vor fünf Jahren im Reichsdienst, in dem er es zum Geheimen Oberregierungsrat gebracht hatte. Er war vortragender Rat im Reichsfinanzamt, Leiter der Reichsgetreidestelle und 1916 Organisator des Kriegsernährungsamts. Von da an nahm ihn Ballin zur Hamburg-Amerika-Linie, zu deren Generaldirektor er nach Ballins Tode gewählt wurde. Seine Beziehungen zu den Reichsstellen rissen damit aber nicht ab, bei allen wichtigen internationalen Verhandlungen, von Versailles bis Genua, hat er als Sachverständiger der Reichsregierung mitgewirkt und durch Tüchtigkeit Ansehen erworben.

Parteipolitisch ist Cuno nicht hervorgetreten. Er ist Katholik, aber nicht Mitglied des Zentrums. Zeitweilig gehörte er der Hamburger Ortsgruppe der Volkspartei an; aus der er aber vor zweieinhalb Jahren austrat, wie es heißt, weil sie im Kapp-Putsch eine schwankende Haltung eingenommen hatte. Fest steht, daß er den Kappisten auf die Frage, wie sich die Hamburger Schiffahrtskreise zu ihnen stellen würden, eine scharfe Abfuhr erteilte.

Wirtschaftspolitisch ist Cuno stets als Gegner der Inflation aufgetreten. Die Annahme scheint berechtigt, daß er dem Programm der bisherigen Regierung, wie es in den letzten beiden Noten dargelegt ist, ohne ein „Wie ich es auffasse" beitreten wird. Ueber diesen Punkt wie über viele andre völlige Klarheit zu schaffen, wird die Aufgabe weiterer Verhandlungen sein. Viel bemerkt wurde, daß die Stinnes-Gruppe unter seiner Generaldirektion ihren Auszug aus der Hamburg-Amerika-Linie vollzog. Auf der andern Seite hat Cuno durch den bekannten Harriman-Vertrag, den er mit der amerikanischen Schiffahrt abschloß, Fühlung mit amerikanischen Wirtschaftskreisen und wertvolle internationale Verbindungen gewonnen.

Das ist in knappen Sätzen das Bild des Mannes, der vielleicht der nächste Reichskanzler wird und in dessen Kabinett vielleicht sozialdemokratische Minister sitzen werden. Von sozialdemokratischer Seite besteht kein Hindernis dafür, daß er den Versuch einer Kabinettsbildung unternimmt, auch von seiten der andern für die Mehrheitsbildung in Betracht kommenden Parteien scheint nicht beabsichtigt zu sein, gegen die Persönlichkeit eines Kanzlerkandidaten von vornherein Einspruch zu erheben. Damit ist natürlich noch nicht gesagt, daß es Herrn Cuno gelingen wird, alle Klippen zu umschiffen, die auf dem Wege zum Hafen liegen.

Die Konflikte im Rheinland

Düsseldorf, 16. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Streikbewegung dauert fort. Die Zahl der Streikenden ist auf etwa 20 000 Mann zurückgegangen. Die Kommunisten sind bestrebt, an andern Orten neue Streiks zu inszenieren. Bisher haben sie damit nur in Duisburg Erfolg gehabt, wo es ihnen gelungen ist, das Werk Rheinstahl IV stillzulegen. Heute abend findet eine gemeinsame Sitzung der Betriebsräte mit den Gewerkschaften statt. Die Betriebsräte fordern die Proklamierung des Generalstreiks. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sie dafür eine Mehrheit finden. In Krefeld hat der Regierungspräsident die Lohnverhandlungen eröffnet, in denen aber keine Einigung erzielt werden konnte. Während die Arbeiter einen Stundenlohn von 240 M. forderten, erklärten sich die Arbeitgeber nur zur Zahlung von 210 M. bereit. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und sofort ein Schiedsgericht eingesetzt, das vermutlich noch heute einen Spruch fällen wird, der unbedingt verbindlich sein soll.

Düsseldorf, 17. November. (Eig. Drahtm.) **In Düsseldorf ist infolge der entschlossenen Stellungnahme der Gewerkschaftsvorstände gegen den Generalstreik wieder Ruhe eingetreten. Gestern abend tagten die Düsseldorfer Gewerkschaftsvorstände und beschlossen mit 200 gegen 2 Stimmen die Abrechnung des Generalstreiks.** Dieser Beschluß wurde sofort durch Flugblätter bekanntgegeben. In einer großen Anzahl von Betrieben ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Die Meldungen über die Vorkommnisse in Düsseldorf sind durch bürgerliche und kommunistische Blätter stark übertrieben wiedergegeben worden. Wohl haben Zusammenstöße stattgefunden, bei denen Schaufensterscheiben in Trümmer gingen, auch Beamte der Schupo haben sich Verstöße zuschulden kommen lassen, indem sie gegen unbeteiligte Straßenpassanten mit Gummiknüppel vorgingen, aber niemand ist getötet worden. Der zweite Vorsitzende unsrer Partei, ein Schwer-Kriegsbeschädigter, wurde gestern von halbwüchsigen Burschen vor dem Volkshause mißhandelt.

Die Angoraregierung beharrt auf Konstantinopel

Konstantinopel, 16. November. Nifaat-Pascha hat eine Note an die alliierten Oberkommissare gerichtet, in der er erklärt, die Regierung der Nationalversammlung sei entschlossen, das Abkommen von Mudania zu halten. Man wolle innerhalb der Grenzen dieses Abkommens die Anwesenheit alliierter Truppen gestatten. Die Regierung der Nationalversammlung, der man die Verwaltung von Konstantinopel übertragen habe, und die keine neuen Gesetze zur Anwendung bringe, erkläre wiederholt, es sei unmöglich, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anzunehmen. Die Regierung rechne mit einer entgegenkommenden Haltung der alliierten Mächte.

Der Fascismus fällt den Achtstundentag!

Rom, 16. November. Der Grundsatz des Achtstunden-Arbeitstages wird für alle Arbeiterkategorien einschließlich der Eisenbahner abgeschafft.

Immer brutaler offenbaren sich die Fascisten als Soldknechte des Kapitals. Nachdem das Fascistenkabinett Mussolini Schritte beschlossen hat, die Staatsbetriebe Eisenbahn, Post usw. den Kapitalisten zur Ausbeutung zu überliefern, hebt es auch die Begrenzung der Ausbeutung des Arbeiters auf. Die Herren der Produktion und des Geldsacks sollen wieder unbeschränkte Herren über die Arbeitszeit der Arbeiter werden! So erfüllt der italienische Fascismus seine Rolle als Vortrupp der internationalen kapitalistischen Machtdiktatur. Seine Gesinnungsgenossen in Deutschland triumphieren. Die Thyssen und Stinnes und der ganze Klüngel werden nun dem Achtstundentag noch rücksichtsloser zuleibe gehen. Die deutsche Arbeiterklasse hat sich zum schwersten Kampfe zu rüsten.

Kleine politische Nachrichten

Ausdehnung der Angestellten-Versicherung

Am 1. November ist die Grenze der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung auf jährlich 840 000 M. erhöht worden. Der niedrigste Beitrag (Klasse 1) beträgt 60 M. und der höchste (Klasse 18) 4840 M. monatlich. Nach der Art der Beschäftigung sind grundsätzlich alle Angestellten versicherungspflichtig, namentlich auch Lehrlinge. Die untere Altersgrenze von 16 Jahren ist fortgefallen. Es gibt auch keine Möglichkeit, sich von der eignen Beitragsleistung auf Grund von Lebensversicherungsverträgen befreien zu lassen. Das Beitragsverfahren bleibt bis zum 31. Dezember 1922 das alte, für die folgende Zeit sind dann Marken zu kleben.

Sowjetrußland will Bessarabien. Aus einem Notenwechsel Moskaus mit der rumänischen Regierung über eine Konferenz mit den Randstaaten geht hervor, daß Rußland das rumänische Bessarabien für sich beansprucht. Das empfindet die polnische Regierung als Bedrohung. Die Warschauer Regierung teilte der Sowjetregierung mit, daß jeder Angriff auf das rumänische Bessarabien durch die Rote Armee von ihr als Casus belli (als Kriegsfall) angesehen werden würde.

Die agrarische Reaktion in Steiermark hat sich glänzend bewaffnet und macht immer bedrohlichere Vorübungen. Die Arbeiterwehren durchsuchten deshalb die Gehöfte um Judenburg nach Waffen. Als Gendarmen mehrere Arbeiter verhafteten, alarmierten Fabriksirenen die gesamte Arbeiterschaft, die die sofortige Freilassung der Verhafteten forderte. Es rückten große Gendarmerieverstärkungen und drei Kolonnen Reichswehr aus Graz heran. In Knittelfeld sammelten sich allein gegen 2000 bewaffnete Arbeiter, worauf auch in den Dörfern die Bauernwehren, besonders im Murtale, mit Waffen ausgerüstet, zusammengezogen wurden und in die Gegend von Judenburg vorrückten. Die Lage ist bedrohlich. Es dürfte zu schweren Konflikten kommen. Im Parlament hat die Sozialdemokratie schärfsten Protest gegen die Duldung der Bauernbewaffnung erhoben. Doch die Regierung läßt bewußt die Macht der Agrarier immer bedrohlicher anschwellen.

Aus aller Welt

Bestrafte Aufreizung zum Lieferstreik

Das Volksgericht in Landshut verurteilte, dem Berliner Tageblatt zufolge, den Geschäftsführer der freien Bauern, Giggert, wegen Aufreizung zum Lieferstreik zu drei Monaten Gefängnis. Der mitangeklagte katholische Pfarrer Schwan wurde freigesprochen.

Arische Rowdys

Prag, 15. November. Zum Rektor der deutschen Universität war im Juni Prof. Dr. Steinberg gewählt worden, worauf die arische Studentenschaft einen formellen Protest einbrachte, der vom Senat zurückgewiesen wurde. Wie die Blätter melden, hat die arische Studentenschaft der Universität Prag diese Angelegenheit neuerdings aufgegriffen und den Streik proklamiert. Zur Verhinderung der Vorlesungen besetzte sie die Eingänge der Universität. Vor dem Anatomischen Institut kam es zu einer Schlägerei, so daß die Polizei eingreifen mußte. Die arische Studentenschaft des deutschen Technikums beabsichtigt, sich dem Streik anzuschließen. Der Senat wird heute abend über die Lage beraten.

Der Weltkrieg im Valutarestaurant

Berlin, 15. November. In einem hauptsächlich von Ausländern besuchten Luxuslokal in der Kaiserstraße gerieten ein Grieche und ein Argentinier in einen Streit, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Bei dem Versuche eines Angestellten des Lokals, den angreifenden Argentinier aus dem Lokal zu drängen, zog dieser einen Revolver und gab einen Schuß ab, der glücklicherweise fehl ging. Nun entstand ein heftiges Ringen, an dem sich die anwesenden ausländischen Gäste, Engländer, Italiener, Franzosen und Portugiesen, beteiligten. Die herbeigerufene Polizei nahm den Revolverschützen und seinen Gegner fest.

Der Dollar 7506,18

Berlin, 16. November. (Amtlich.)

		16. 11. Geld	16. 11. Brief	15. 11. Geld	15. 11. Brief
Holland	1 Gulden	2972,55	2987,45	2952,60	2967,40
Dänemark	1 Krone	1521,18	1528,82	1506,22	1513,78
Schweden	1 Krone	1995,00	2007,00	2009,96	2020,04
Norwegen	1 Krone	1391,50	1398,50	1871,56	1878,44
Helsingfors	1 fin. Mark	186,53	187,47	186,53	187,47
Schweiz	1 Frank	1876,55	1888,45	1866,57	1875,48
Wien (deutsch-öster. abgest.)	100 Kronen	—,—	—,—	9,77	9,88
Prag	1 Krone	285,65	286,35	288,40	289,60
Budapest	1 Krone	—,—	—,—	2,99	3,01
Belgien	1 Frank	463,83	466,17	458,85	461,15
Spanien	1 Peseta	1147,12	1152,88	1129,66	1135,34
Italien	1 Lire	844,18	845,87	843,14	844,86
London	1 Pfd. Sterl.	33815,25	33934,75	33565,85	33784,15
Neuyork	1 Dollar	7506,18	7543,82	7496,21	7533,79
Paris	1 Frank	498,75	501,25	491,26	493,74
Buenos Aires	1 Peso	2733,15	2746,85	2713,20	2726,80

Polnische Noten 47,50.

rs. **Berlin**, 17. November. (Eig. Drahtm.) Am Devisenmarkt machte die Abschwächung der ausländischen Zahlungsmittel heute weiter erhebliche Fortschritte. Der Dollar, der gestern abend mit 6900 geschlossen hatte, setzte schon niedriger ein und wurde gegen 9¼ Uhr mit 6600 und gegen 10½ Uhr mit 6400 umgesetzt. Für Pfund hörte man entsprechend zumeist einen Kurs von 28 500 nach 31 000. Die Bewegung wurde dadurch gefördert, daß aus Neuyork nachträglich eine weitere Befestigung des Marktkurses gemeldet wurde, ferner, daß man die Aussichten für die Bildung des Kabinetts sehr günstig hält. Das Geschäft war bei alledem aber sehr ruhig. Effektive Umsätze nahmen nur geringfügigen Umfang an. An der Börse trat eine Befestigung aller Devisen ein, die den Dollar bis auf 6700 heraufnotierte.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Pegelort	15.	16.
Moldau	Budweis	— 16	— 16
Moldau	Modran	+ 2	— 2
Iser	Jungbunzlau	+ 15	+ 40
Eger	Laun	+ 86	+ 41
Elbe	Barbabig	— 60	— 60
Elbe	Brandeis	+ 55	+ 41
Elbe	Melnik	+ 69	+ 60
Elbe	Leitmeritz	+ 75	+ 66
Elbe	Aussig	+ 57	+ 47
Elbe	Dresden	— 86	— 90

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19221117/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Fortschritt-Schuhe

Neustadt

Fortschritt-Schuhe

Wettinerstr. 31-33 Ecke Mittelstr. | Pirnaischer Platz Ecke Grunaer Str. | Johannstraße Ecke Moritzstr. | Prager Straße Ecke Sidonienstr. | Hauptstraße Ecke Ritterstr.

Brot- und Mehlversorgung des Gemeindeverbandes Dresden u. Umg. (Stadt Dresden, Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt u. Dresden-Neustadt) im Erntejahr 1922/23

In Abänderung der Bekanntmachung vom 26. Oktober und 2. November 1922 wird für das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung folgendes bestimmt:

Artikel I.

§ 33 Absatz 1, § 36 Absatz 6 und § 37 Absatz 3 werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

§ 33 Absatz 1. Bei der Abgabe des Mehles durch die Mehlverteilungsstelle G.m.b.H. Dresden, Prager Straße 54, IV., an die zuständigen Händler und Handelsmühlen dürfen höchstens folgende Preise berechnet werden:

für 100 Kilogramm bis zu 85 Proz. durchschnittenes Roggen- oder Weizenmehl . . . 4160.— M.
für 100 Kilogramm Gerstenmehl . . . 4160.— M.

§ 36 Absatz 6. Der Preis für das Schwarzbrot beträgt:

a) bei der Abgabe an die Verbraucher
27.— M. für 1 Pfund
54.— " " 2 "
81.— " " 3 "
102.— " " 1900 Gramm.

b) bei der Abgabe an die Kleinhändler
97.— M. für 1900 Gramm.

bei kleineren Gewichtsmengen entsprechend.

§ 37 Absatz 3 (Weizengebäck). Bei der Abgabe an die Verbraucher dürfen höchstens folgende Preise gefordert werden:

für 60 Gramm Zwieback . . . 14.— M.
" 1 Semmel von 75 Gramm . 6.— "
" Weißbrote von je 375 Gramm 27.— "

Artikel II.

Artikel I tritt mit dem 18. November 1922 in Kraft.

Zuwiderhandlungen: § 60 der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1919 in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 14. August 1922. [f222

Dresden, am 17. November 1922.

Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

Bezirk Radebeul der V. S. P. D.

Am 15. November verstarb nach kurzem Leiden unsre langjährige Genossin

Frau **Marie Kretzschmar**

Albertstraße 35. — Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 Uhr von der Radebeuler Totenhalle aus statt. Die Genossen und Genossinnen werden um zahlreiches Geleit gebeten.

Die Bezirksleitung.

Die Schlaflosigkeit

gehört zu den quälendsten Leiden, da sie den Menschen körperlich und geistig erschlaffen läßt und unfähig zu jeder Arbeit macht. Anerkanntermaßen weist die Elektro-Therapie bei der Behandlung dieser Krankheit gute Erfolge auf. Zur Anwendung gelangen schwache galvanische Ströme, wie sie der bewährte elektro-galvanische Schwachstrom-Apparat, Marke „Geweco" in einer aufs feinste dosierbaren Weise erzeugt. Aufklärungsschriften kostenlos durch

G. Wohlmuth & Co., A.-G., Dresden-N.

Fabrik elektro-galvanisch. Apparate, Marke „Geweco", Bürgerwiese 22 (Haus Dianabad). Tel. 15218.

Abgabe von Apparaten auch leihweise.

Nehmen Sie Probesitzungen. [f351

Generalvertreter für Freital-Potschappel: Hermann Blaschke, Untere Dresdner Straße 108.

Apotheker K. Walthers Dresden-A., Wilsdruffer Str. 14

Inhalatorium Tägl. 9—5 Uhr = Tel. 1048 **Asthma, Katarrhe**

Von Krankenkassen f. Mitgliederbehandlung zugelassen. [b1488

Werkzeugdreher und **Werkzeugmacher** [f275

zur Fertigung von Vorrichtungen und Lehren von größerem Werk sofort gesucht. Angebote unt. **G. 92** an **Als. Dresden 1.**

Reise zurück nach Argentinien, nehme evtl. Bau- und Möbeltischler, Autoschlosser oder Kürschner mit. Auskunft: Filiale Gerokstraße 57. [w196

Putzer u. Polierer

sofort gesucht. [f844

Pianofabrik H. Wolfframm.

Wir suchen einen in der Lehrlingsausbildung gut erfahrenen, tüchtigen älteren **Dreher** zur sofortigen Einstellung in unsre Lehrlingsabteilung. [f152

Elitewerke A.-G., Brand-Erbisdorf.

Suche ältere Leute für ½jährig. Mädchen tageweise z. Pflege. **Rudolf Füssler,** Pillnitz Str. 23, 2. Anzutreff. nachm. 5-7 Uhr. [w481

Prima Rindfleisch Pfund 230—260 M. **Murawitz bei Rödlich** Oskar Butter.

Achtung! Betriebsräte! Achtung!

Neu erschienen:

Cl. Nörpel:

Aus der Betriebsrätepraxis

II. Teil.

Spruchsammlung von Bescheiden, Schiedssprüchen und Urteilen.

I. Teil ebenfalls vorhanden.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10 und ihre Filialen.

Laubegast.

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung** sowie auf sämtliche Literatur und Zeitschriften nimmt entgegen

Alfred Freyer, Laubegast, Bismarckstr. 1, pt.

Sämtliche Aufträge werden umgehend erledigt.

Palast-Theater

28 Alaunstrasse 28

Heute bis Sonntag: [w269

Das besonders erstklassige Programm. — **Friedrich Zelnick** in

Seine Exzellenz der Revisor.

Ein lustiges Abenteuer aus der guten alten Zeit in 5 Akten.

Die Peitsche des Kosaken.

(Die Tänzerin des Kaiserlichen Balletts.) Ergreifendes Schauspiel in 5 Akten nach einer Begebenheit aus der russ. Revolution 1905.

Beginn der Vorstellungen: Werktags 6½ und 8½ Uhr, Sonntags 4, 6 und 8½ Uhr.

Sonnt. ½4 abds. ½8

Tymians Thalia-Theater

Alles neu! Dresdens Deutsches Theater **Berlin wird verknackt!** Tymians Schlußschlager

Dir. Junghähnel als Gast, Hauptrolle. Ferner: Valutasänger! Spinnstubenbilder! Leb. Lied v. Gruner u. Richter usw. Vorzugsk. gült., Vorverk. 10-2 u. ab 6 Uhr.

Kurhaus Langebrück.

Sonnabend den 18. November **Gr. Vorkirmes** mit Darbietungen in beiden Sälen. [f393

Sonntag den 19. November u. Montag den 20. November

Kirmes-Feier und Kurhaus-Ball.

Ball Haus Ball

Jeden Freitag, Sonntag, Mittwoch: **Der große Ballbetrieb** Musik la. Jeden Freitag: **Wohltätigkeitsball**

Prinzeß-Theater Lichtspiele

Ein großes Ereignis der Spielzeit 1922/23!

Das Wunder des Schneeschuhs

II. Teil:

Eine Fuchsjagd auf Schneeschuhen durchs Engadin

Von **Arnold Fanck.**

Unter Mitwirkung der besten Skiläufer Europas, darunter die großen norwegischen Springer **John Holland, Dagfin Carlsen, Vigge Christensen** (Norwegen), **Hannes Schneider, Hans Schneeberger** (Oesterreich), **Flori Koch** (Schweiz), Dr. **Bader**, Dr. **Villinger, Adolf Berger, Johannes Schult** (Deutschland), **Stevan von Dewan** (Ungarn), **Bromann** (Finnland).

Ein beinahe noch nie dagewesener Fall: Die Presse aller Parteien, die größten und kleinsten Blätter, die großen Tageszeitungen der Reichshauptstadt, sie alle brachten spaltenlange begeisterte Besprechungen über **„Das Wunder des Schneeschuhs" II. Teil.**

B. Z. am Mittag schreibt: „Fast ununterbrochen dröhnte der begeisterte Beifall durch das Theater ... überwältigend war der Eindruck der fabelhaften sportlichen Leistung ... jede Phase atemraubend und unvergeßlich zugleich."

Außerdem die aktuellste Berichterstattung:

Der sensationelle Rhön-Segelflug 1922

Ein Zeugnis des Siegeszuges der deutschen Wissenschaft. [f352

Beginn der Vorführungen:

Heute Freitag 6½ und 8½ Uhr, die folgenden Tage 4, 6¼ und 8½ Uhr.

Sämtliche Dauer- und Freikarten aufgehoben.

Wir empfehlen als **Neuerscheinung:**

Dr. Sommer: Der babylonisch-biblische Schöpfungsbericht u. d. Wissenschaft

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10 und ihre Filialen.

Metalle zum Einschmelzen

Kupfer, Messing, Rotguß, Zinn, Zink, Blei, Zinnaluminium, Kupfer-, Messing- und Rotgußspäne kauft laufend

Graf, Drehgasse 2 an der Amalienstr. Tel. 17226

Felle aller Arten

kauft zu höchsten Tagespreisen **Kutzmann, Wilschdorf Nr. 86.** [w28

Briefmarken.

Kaufe jeden Posten, zahle höchste Preise. **Arno Franke** Gückelsb. 18. Tel. 31934.

Felle

Kanin, Hasen, Iltis, Füchse, Marder sowie Felle jeder Art kauft dringenden Bedarfs halber [f352

Pelzhaus Wieselmann

Viktoriastraße 12.

Für 1 kg ausgekämmte **Haare** zahle ich jetzt bis **2000 M.**

(1. 100 Gramm bis 200 M.)

Frau **Emma Schunke**

40 Wilsdruffer Str. 40

Zeitungs-Bestellungen u. Inseratenaufträge für die **Dresdner Volkszeitung** nimmt entgegen **Bernhard Olbrich** Bühlau Loschwitzer Straße 36.

Noch kaufen Sie billig!

Anzüge Schlüpfer Winterjoppen Gummimäntel Militärhosen

schw. Tuchhosen, engl. Leder-, Manchester- u. Breecheshosen, Streifhosen

Gr. Brüderg. 41, 1.

Kein Laden, 2. Haus vom Postplatz. [f275

Händler Vorzugspreise

Musik-instrumente

aller Art, auch defekte, **kauft u. tauscht**

13 Otto Friebel 13 Ziegelstraße Eckhaus Steinstraße. Man achte genau auf meine Adresse! Fernruf 14964. [f337

Zur Anfertigung mod. **Damen-Mäntel und Kleider** empfiehlt sich **E. Werner, Dresden-Striesen, Zinnwalder Straße 6.** [w326

Auf Teilzahlung und [f380 **gegen bar**

Möbel

Speise-, Schlaf- u. Herrenzimmer Farbige Küchen Sofas, Schränke Kinderbetten

Kinderwagen

Damenmäntel Damenkleider Strickjacken Jumper Kostümröcke

Herren-Anzüge

Gardinen

Manufakturwaren Damen- und Bettwäsche

Ittmann

9, I. Neumarkt 9, I.

Im Hause der Post.

Zum Totenfeste Kranzblumen, Blätter Beeren, Zapf., Papier, Reifen usw. am billigst. immer noch bei **Heße, Scheffelstraße 12.** [f351

Eleg. Kinder- u. Klappwagen bill. z. verk. Oppellstr. 19, I.

Die große Teuerung

zwingt heute weite Bevölkerungskreise, die Ausgaben für Garderobe stark zu beschränken. Es wird mit Freuden begrüßt werden, daß man in dem Herrengarderobengeschäft von **Pimsler, Dresden, Landhausstr. 27,** nach wie vor seinen Bedarf äußerst preiswert deckt. Das seit jeher überall altbekannte

Herren-Garderoben-Geschäft

bietet für alle, die sich schick und elegant kleiden wollen und Wert auf moderne Garderobe legen, die beste Bezugsquelle. Sie erhalten Anzüge, hochmoderne Schlüpfer, Paletots, Arbeits-, Leder- u. Stoffhosen, zu Anzügen passend, in großer und reicher Auswahl zu billigsten Preisen nur bei

27 Pimsler, Dresden 27

Landhausstraße

nächst Pirnaischem Platz. — Sämtliche Straßenbahnlinien.

Alle bei mir jetzt gekauften und angezahlten Waren werden ohne Aufschlag bis Weihnachten aufbewahrt. [w340

Walter Strauss Dachdecker [b973 Meißner Straße 44, II.

Kinder-Strümpfe

schw. Wolle platt., Gr. 3-11

3—5	6—8	9	11
120.-	180.-	220.-	250.-

Frauenstrümpfe schw. Baumwoll. stark Paar 260.- [w172

Dm.-Strümpfe, gewebt Pr. 290.- schw. grau, braun

Carstensen, Pillnitzer Straße 5

Strengste Diskretion

Möbel auf Teilzahlung und gegen bar

kompl. Schlafzimmer, kompl. Küchen, Chaiselongues u. Sofas, Kleiderschränke, Bettstellen, einz. Küchenschränke, Tische und Stühle sowie **Mod. Herren-Anzüge Schlüpfer usw.** Günst. Zahlungsbedingung bei [f350

S. Osswald

Dresden, Marienstr 12, I. Kredit auch n. ausserh.

Spülapparate

Frauendouchen, Klysos, Unterlagen, Sauger, Leib- und Monatsbinden und alle sanitären **Frauenartikel.** Dauerwäsche „Jelida".

Sanitätshaus [f734

M. Thierfelder

Amalienstr. 26, 1.

Spülapparate

Klysos, Spülkannen, Schläuche, Leibbinden, Klistierspritz., Unterlag. Ersatzteile

Frau Heusinger

Am See 37

Ecke Dippoldiswaldaer Platz.

Ein offenes Wort an Dich!

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

Wacht auf, Verdammte dieser Erde!

An die klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands!

Ein offenes Wort von der Kommunistischen Internationale!

Aus dem Inhalt:

Die Defensive des Kapitals: Burgfrieden / In der schwersten Not / Der Wendepunkt. — **Der Kampf in Eurem Innern:** Was der proletarische Klassenkampf nicht ist / Sein oder Nichtsein. — **Die Offensive des Kapitals:** Wozu die Offensive?

Preis 10 Mark

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Zu beziehen durch jede Arbeiterbuchhandlung.

Spül-Apparate

sämtliche Frauenartikel kauft man im **Versandhaus „Diskret"**

Freiberger Platz 8

Fachkundige Frauenbedienung.

Billig! **Möbel** Billig!

Bettstellen in Eiche u. Nußbaum, gemalt. Reformbetten in Messing und weiß lackiert sowie Einlege- u. Auflage-Matratzen Kleiderschränke zu verkaufen. [f372

E. Goldhammer

Gr. Brüdergasse 19

---

1 Anzug, 1 Schlüpfer neu, preiswert z. verkauf. Pillnitzer Str. 60, 1. I.

Kaufe jetzt — zahle später!

Mäntel, Blusen, Kleider, Strickjacken. Kein Laden. Straßenbahnlinien 6 und 12.

Fr. L. Pabst, Marienhofstraße 87, I.

Billiges Fleisch!

Kalbfleisch . . von **240** an M.

Gewiegtes, aus reinem frischen Rindfl. **260** M.

R. Hofmann, Rudolfstr. 21.

Leuben.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie auf sämtl. Literatur und Annahme von Inseraten bei Kolporteur **Biehle, Leuben, Bahnhofstr. 22.**

Leser! Kauft bei unsern Inserenten.

Bevor Sie kaufen, kommen Sie zu

M. Fritzsche

Löbtau, Grumbacher Str. 20

und überzeugen Sie sich von der großen Auswahl in

Hosen Joppen usw. [f574

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und -Sportbund. 1. Gruppe (Dresden). Die Sitzung findet erst am 25. November statt, da die Abrechnung vom Bühnenschauturnen noch nicht fertiggestellt ist. Die Vereine, die noch im Rückstande sind, müssen sofort abrechnen. Die Sitzung wird sich auch mit der Tagesordnung zum Gruppentag befassen, deshalb darf kein Verein fehlen. — **Dresdner Sportverein 1910.** Wegen des Vortrags des Genossen Koppisch am 18. November findet die Versammlung **heute**, 17. Nov., 7½ Uhr, im Bärensteiner Hof statt.

Arbeiter-Turn- und -Sportbund. 20. November, 7 Uhr, beim Genossen Klügel Kreisratssitzung.

Fußballspiele. 19. November Alaunplatz, 11 Uhr: Neustadt 1 Jug.—Radebeul 1 Jug.; 2 Uhr: Neustadt 4—Rottwerndorf 1.

6. Gruppe. 19. November, 2½ Uhr, in Pulsnitz Vorturnerstunde.

Arbeiter-Mandolinen-, -Gitarre- und -Zitherspieler. 20. November, 7½ Uhr, im Herzog Albrecht, Albrecht-, Ecke Pillnitzer Straße, Gruppenübungsabend.

Neue Bücher

Der Weg aus dem Elend. Würde Deutschland die Kraft finden, ein agrarisches und industrielles Produktionssteigerungsprogramm zu beschließen und mit der Durchführung zu beginnen, so würde der Dollar stürzen. In der Betriebsrätezeitung Nr. 11 entwickelt Direktor Dr. Eisinger von der Landwirtschaftskammer Wiesbaden ein planwirtschaftliches Agrarprogramm, das auf drei Säulen ruht: Schulen, Saatgutorganisation, Düngerorganisation. Er beweist auf Grund der praktischen Erfolge, daß Deutschland sehr bald seine Bevölkerung völlig ausreichend ernähren könnte. „Fortschritt und Freiheit der Wirtschaft" ist eine interessante Kritik des Schriftleiters an einem Buch von Prof. Dr. Diehel, das auch eine Kritik des „Zukunftsstaats" bringt. Die Bedeutung Südamerikas für Deutschland zeigt Prof. H. Bohn in einem lehrreichen Beitrag. Das Heft enthält ferner einen sehr belehrenden Bericht über den „Ersten weltwirtschaftlichen Kongreß in Hamburg", auf dem hervorragende Volkswirte gesprochen haben und wo auch Rudolf Wissell und Stegerwald sehr beachtenswerte Referate gehalten haben. Das Steuerproblem erörtert der Leiter des Finanzamts Bunzlau, Regierungsrat Ott, in einer längeren, sehr instruktiven Arbeit. Er zeigt die Schwierigkeiten bei den Besitzsteuern, die die Finanzämter so stark belasten, daß die Veranlagungen zu den Einkommensteuern darunter schwer leiden müssen. In einem Beitrag „Arbeitsrecht für Betriebsräte" kritisiert Cl. Nörpel einen kommunistischen Kommentar zum Betriebsrätegesetz. Ferner bringt er eine Besprechung des Friedländerschen Kommentars zum Aufsichtsratsgesetz. In der Bücherschau findet sich die Besprechung eines Buches über die Entstehung, das Wesen und die Bedeutung des Whitleyismus, des englischen Typs der Betriebsräte, die bemerkenswert ist. Schiedssprüche und kürzere Arbeiten ergänzen den Inhalt des Novemberheftes.

Der niedrige Preis der Betriebsrätezeitung ermöglicht es jedem Arbeiter, die Zeitschrift durch seinen Verband zu beziehen. Aber auch jedes Postamt und jeder Briefträger nehmen Abonnements entgegen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19221117/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten

Lehrer an die Front!

Aus Lehrerkreisen erhalten wir mit der Bitte um Abdruck folgenden Aufruf an Sachsens Lehrerschaft:

Trotz schwerster Zeit sind in Sachsen, fußend auf den Forderungen der Fachgewerkschaften, weitschauende Schulgesetze geschaffen worden. Die Entscheidung lag immer — bei den politischen Parteien, nicht bei den „Neutralen", die niemals eine bestimmte Stellung einnehmen.

Die schwere Arbeit der Erfüllung, die Krönung des Ganzen durch ein Schulgesetz, steht uns bevor. Bei wem wird wieder einzig und allein die Entscheidung liegen? Bei der Linken: Sie wird zielbewußt die Hebung der Volksbildung durchführen! Dazu gehören aber die Lehrer an die Front, deshalb die Lehrer hinein in die einzige zuverlässige Schulpartei Sachsens: in die V. S. P. D.!

Der weitaus größte Teil der Lehrer steht schon längst auf unserm Boden. Was steht dem freien und frei machenden Bekenntnis und Anschluß noch entgegen?

Gesellschaftliche Rücksichten? Die Zeiten sind vorüber, wo auf die Dauer einem sozialdemokratischen Lehrer etwas anhängt! Er setzt sich immer und überall durch kraft der Idee, die ihn beseelt! Er nimmt die Sicht nach vorn, nicht nach dem Rücken.

Aeußerlichkeiten, Einzelheiten, die ihn im Parteileben abstoßen? Das wird bald anders, wenn er sich nicht daneben, sondern mitten hinein stellt. Sollte nicht aber gerade die Idee allein maßgebend bei der Entschließung sein?

Kollegen! Was steht sittlich höher? Es zu halten mit den Gutsituierten, mit den „Besseren", den „Gebildeten", den „Gesunden, die des Arztes nicht bedürfen?" Oder mit den aufstrebenden, nach Licht ringenden und immer noch unterdrückten und gefesselten Schichten des breiten Volkes? In ihre Reihen einzutreten, mitzuhelfen, mitzukämpfen, sie zu heben und zu festigen: Ist das nicht der beste Dienst am Vaterlande? Ist das nicht den Einsatz eines ganzen Lebens wert?

Darum: Sachsens Lehrer! Bekennt euch offen zu uns! Tretet ein in unsre Reihen, in die Reihen der sozialistischen Lehrer Sachsens!

Zum deutschen und sächsischen Lehrerverein stehen wir nach wie vor als zu unsrer Fachgewerkschaft. Unsre Arbeitsgemeinschaft bildet wie bisher die kulturpolitische Ergänzung der gewerkschaftlichen Organisation, keine Konkurrenz gegen sie. Umgekehrt bildet die Arbeitsgemeinschaft aber auch in der Partei eine Ergänzung, die mit den wachsenden Reihen steigen wird! Wir können erst in der Arbeitsgemeinschaft Fragen schulpolitischer Art lösen, die wir in der neutralen Lehrergewerkschaft nicht lösen können und wollen.

Darum nochmals: Wagt es frei! „Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken" — euer Anschluß wird euch bald über den Rahmen eurer bisherigen Tätigkeit hinausführen!

Die Hauptadressen der über ganz Sachsen verbreiteten Ortsgruppen der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer Sachsens sind: W. Franke, Dresden-Blasewitz, Prohliser Straße 8; R. Hanke, Leipzig-Möckern, Wedellstraße 17; R. Müller, Chemnitz, Planitzstraße 8; F. Lässig, Zwickau, Mittelstraße 35; A. Kretzig, Löbau, Margaretenstraße 15.

Die Parteipresse wird um den Nachdruck dieses Aufrufs, die Parteigenossen, besonders die Parteifunktionäre, werden um seine Weitergabe an alle Lehrer gebeten.

Ein Kuriosum bei der Mandatsberechnung

Bei der Feststellung des Wahlergebnisses zur Landtagswahl ergibt sich der eigentümliche Umstand, daß der Deutschen Volkspartei infolge ihrer hohen Reststimmenzahl nach der Teilung mit der Wahlzahl noch zwei Abgeordnete zugesprochen wurden. Hätte nun die Deutsche Volkspartei das Glück gehabt, bei der Wahl 2000 Stimmen mehr zu erhalten, dann würde sie ein Mandat weniger bekommen haben, während die Kommunisten um einen Sitz stärker in den neuen Landtag einziehen würden. Dann wäre nämlich die Wahlzahl 26 454 gewesen und die Volkspartei hätte von vornherein 18 Mandate erhalten. Dafür aber wäre ihre Restzahl 95 die kleinste von allen Restzahlen gewesen und die beiden noch zu verteilenden Mandate würden infolgedessen auf die Parteien mit den höchsten Restzahlen, das wären die Deutschnationalen und die Kommunisten, übergegangen sein. Die Deutschnationalen hätten dann ihre 19 Mandate behalten, während die Kommunisten mit 11 Abgeordneten in den Landtag eingezogen wären. Es ergibt sich also das fast unglaubliche Bild, daß eine Partei einen Abgeordneten weniger erhalten hätte, wenn sie bei der Wahl 2000 Stimmen mehr bekommen hätte.

Die Partei der Nichtwähler

Die bürgerliche Presse schiebt bekanntlich den für sie ungünstigen Wahlausfall auf die bürgerlichen Nichtwähler. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß die Nichtwähler leider immer noch in weit höherem Maße in den Arbeiterschichten als beim Bürgertum zu finden sind. In einer Lausitzer Groß-Gemeinde von 3500 Wahlberechtigten, von denen 711 ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, zeigt sich deutlich, daß die allerwenigsten Nichtwähler im Bürgertum, die große Mehrzahl dagegen in der Arbeiterschaft und unter den Frauen zu finden sind. Die Tabelle zeigt folgendes Bild:

Arbeiter		Oeffentliche und Privatbeamte		Handwerker, Gewerbetr., Industr.		Landwirte	
Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
150	371	13	34	28	42	21	52
521		47		70		73	

Diese Tabelle veranschaulicht in aller Deutlichkeit, wie wenig politisch aufgeklärt besonders die Frauen sind. In fast allen Schichten zeigt sich, daß sie die männlichen Nichtwähler um 140—160 Proz. übersteigen. Die Arbeiterschaft hat also noch ein großes Aufgabenfeld zu bewältigen. Wenn von 3500 Wahlberechtigten allein 521 Arbeiterwähler nicht zur Wahl gehen, dann zeigt das, wo in Zukunft der Hebel anzusetzen ist. Die Zahlen lehren aber auch, daß die Hoffnung der Bürgerlichen, bei späteren Wahlen durch die Aufrüttelung der Nichtwähler den Sieg davontragen zu können, trügerisch ist. Wenn es gelingt, die bisherigen Nichtwähler an die Urne zu bringen, dann werden ihre Stimmen in der überwiegenden Mehrzahl uns und nicht dem Bürgertum zugute kommen.

Ein agrarischer Bezirk lehnt einstimmig die Milchpreiserhöhung ab

Das Großenhainer Tageblatt bringt in seiner gestrigen Abendnummer folgende Notiz:

Nur der bisherige Milchpreis — 53 Mark pro Liter — ist zu zahlen! Der heute im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft tagende Bezirksausschuß hat sich in langer Aussprache mit den vom Milchwirtschaftlichen Landesverband festgelegten Milchpreiserhöhungen befaßt. Auf Vorschlag des Herrn Amtshauptmanns Kühn wurde beschlossen, der geforderten Preiserhöhung für die Amtshauptmannschaft Großenhain nicht beizutreten, da sie als unangemessen zu betrachten ist und diese Stellungnahme in der Tagespresse mitzuteilen. Der Beirat der Preisprüfungsstelle soll strenge Anweisung erhalten, dort, wo er Wahrnehmungen über wucherisches Gebaren im Handelswesen, insbesondere beim Handel mit landwirtschaftlichen Produkten beobachtet, der Amtshauptmannschaft umgehend unter Beifügung von Unterlagen Anzeige zu erstatten. Nachdem die Milchproduzenten im Bezirk der Amtshauptmannschaft bis zur Stunde an diese wegen Milchpreiserhöhung nicht herangetreten sind, ist der bisherige Milchpreis im Bezirk der Amtshauptmannschaft als noch bestehend zu betrachten. Im übrigen sollen die zugesagten Maßnahmen der Landesregierung abgewartet werden.

Hierzu wird uns noch mitgeteilt, daß der Amtshauptmann Kühn auch bezüglich der kommenden Brotpreisbildung die Ablehnung der bisher für diese in Frage kommenden Richtlinien in Aussicht stellte.

Der Rat zu Großenhain nahm darauf am gleichen Tage Stellung zu der Frage, nachdem am Abend vorher das Großenhainer Tageblatt bereits für das Stadtgebiet einen Milchpreis von 120 M. angekündigt hatte.

Zu begrüßen ist, daß sich auch die Vertreter der Landwirtschaft, nachdem sie deren wenig günstige Lage geschildert hatten, doch dem Vorschlage unsres Genossen bei der Abstimmung angeschlossen haben.

Buck an Hauptmann

Ministerpräsident Buck sandte Gerhart Hauptmann zum 60. Geburtstage folgenden Glückwunsch:

Zu Ihrem 60. Geburtstag sende auch ich Ihnen meine aufrichtigsten Glückwünsche. Ich glaube im Namen sehr vieler Ihnen bei dieser Gelegenheit danken zu dürfen für all die Werke, die Sie unserm gemeinsamen Vaterlande, dem Deutschtum und der Welt geschenkt haben, für das schöne Bekenntnis zum neuen Deutschland und für den in Breslau bekundeten Willen, an der Festigung der Einheit Deutschlands und an seinem Wiederaufbau tatkräftig mitzuwirken.

Ich wünsche Ihnen, der Sie heute mit Recht von der überwiegenden Mehrheit aller Deutschen als Repräsentant deutschen Geistes herzlich gefeiert werden, noch viele Jahre altgewohnten freudigen Schaffens, damit Sie als Mensch und Dichter weiterhin erfolgreich neuen Ufern zuschreiten können, zu denen ein neuer Tag Sie lockt. Ich wünsche Ihnen ferner, daß Sie nach Jahren weiterer schöner Erfolge noch mehr als heute Ihren Jugendtraum aus dem Promethidenlos in Erfüllung gehen sehen:

„Ein Dichter sein mit Strahlenglanz und Krone, bei dessen Tönen lauscht die ganze Welt."

Mit ergebenem Gruße in ausgezeichneter Hochachtung Buck.

Gleichzeitig hatte der Ministerpräsident sich des Auftrags einer Münchner Massenversammlung zu entledigen, der in folgenden Zeilen zum Ausdruck kommt, die er dem Briefe beifügte:

„Dreitausend republikanische Männer und Frauen in München, vor denen ich auf Einladung des Republikanischen Reichsbundes am 18. November im Saale des Kindlkellers einen Vortrag über Fundament und Aufbau der Republik gehalten habe, haben mich unter jubelndem Beifall durch das Präsidium der Versammlung gebeten, Ihnen die wärmsten Geburtstagsglückwünsche zu übermitteln. Ich komme diesem Wunsche um so lieber nach, als es für mich eine ganz besondere Freude ist, Ihnen gerade aus München republikanische Grüße und Wünsche übermitteln zu können."

Diskreditierung Sachsens durch leichtfertige Behauptungen

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei meldet:

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, wonach das Ansehen Sachsens oder das Ansehen einzelner Berufszweige und der Verwaltung dadurch herabgesetzt wird, daß man leichtfertig erfundene Behauptungen gegen einzelne Minister öffentlich verbreitet. Ein ganz besonders verwerfliches Beispiel dieser Art ist das folgende:

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Eckardt behauptete im Landtag am 6. Dezember 1921, der damalige Arbeitsminister Jäckel hätte die sächsische Industrie dadurch benachteiligt, daß er einmal gesagt habe: „Wenn Sie eben nicht ohne Ueberstunden auskommen können, dann dürfen Sie nicht so viele Aufträge annehmen." Obwohl Minister Jäckel sofort diese Behauptung als Unwahrheit kennzeichnen und nachweisen konnte, daß er nie eine solche oder ähnliche Behauptung getan habe, wird neuerdings in der rechtsstehenden Presse diese Aeußerung mit Bezug auf den Arbeitsminister Ristau wiederholt und entsprechend umgefälscht. Es wird behauptet, er habe Ueberstunden in der Textilindustrie mit der Begründung abgelehnt, daß die Industriellen eben nicht mehr Aufträge annehmen sollten, als sie in der Achtstundenarbeitszeit ausführen könnten. Die Blätter behaupten, der Arbeitsminister habe das „im Jahre des Heils 1922, wo uns das Wasser bis an den Mund reicht und nur intensive Arbeit uns vorwärts bringen kann", gesagt.

Es wird erneut festgestellt, daß diese Behauptung leichtfertig erfunden ist. Annehmbar rührt sie aus der Deutschen Industrie-Korrespondenz her, die im September 1921 eine ähnliche Aeußerung von einem Behördenmitglied eines Plauener Bezirks mitteilte, die aber auch weder vom Arbeitsminister noch von einem Beamten des Ministeriums herrührt.

Die kommunistische Landtagsfraktion wählte in ihrer konstituierenden Sitzung zum 1. Vorsitzenden Böttcher, zum 2. Vorsitzenden Siewert, zum 1. Schriftführer Schneller, zum 2. Schriftführer Berk und zum Sekretär Ellrodt.

Als Mitglied des Staatsrechnungshofes ist, nachdem das neue Gesetz über den Staatsrechnungshof dies ermöglicht hat, zum ersten Male auch ein technischer Beamter berufen worden, und zwar der bisherige Oberregierungsbaudirektor Gaitzsch. Er war bisher Vorsteher des Hochbauamts im Finanzministerium und ist nunmehr vom Gesamtministerium zum Staatsfinanzrat ernannt worden.

Die Sächsische Gemeindezeitung. Organ für die Gemeindevertreter des Freistaates Sachsen (Verlag von Kaden & Co., Dresden, Preis für die Einzelnummer 9 M., vierteljährlich bei halbmonatlichem Erscheinen 50 M.) bringt in ihrer Nr. 22 einen lehrreichen Leitaufsatz von Edmund Fischer über die kommunale Familienfürsorge und zahlreiche andre aufklärende Beiträge. Die Sächsische Gemeindezeitung ist für jeden Kommunalpolitiker unentbehrlich.

Ein Einheitssarg soll nach einem Beschluß des Zwickauer Friedhofsausschusses in Zwickau eingeführt werden. Der Innensarg, in dem die Leiche ruht, besteht nur aus einem Holzbrett, die Sargdecke ist aus fester Pappe. Dieser Innensarg findet in einem Dauersarge, dem Einheitssarge, Aufnahme. Nach Einlassen dieses Sarges in die Gruft gleitet der Innensarg ohne jede Erschütterung auf den Erdboden. Der Innensarg ist jetzt für etwa 1500—2000 Mark herzustellen.

87

Der Kampf am Dover

Roman von Victor Hugo

Aber die Krabben und Krebse entzogen sich heute den Blicken, weil der Sturm diese Einsiedler in ihre Verstecke getrieben hatte und sie noch nicht völlig beruhigt waren. Gilliatt hielt sein Messer offen in der Hand und trennte damit von Zeit zu Zeit unter dem Tang eine Muschel los, die er beim Gehen verzehrte.

Plötzlich sprang eine große Krabbe, durch seine Annäherung erschreckt, ins Wasser zurück, aber nicht weit genug, um ihm aus den Augen zu entschwinden.

Er begann also, ihr am Fuß der Klippe nachzufolgen. Sie floh.

Plötzlich war nichts mehr zu sehen. Die Krabbe mußte in ein Loch unter den Felsen geschlüpft sein. Gilliatt klammerte sich mit der Hand an den Felsvorsprüngen fest und beugte den Kopf vor. Wirklich war eine Höhlung da, in die sich die Krabbe geflüchtet haben mußte.

Es war mehr als eine Höhlung, es war eine Grotte. Das Meer trat hinein. Es war aber nicht tief. Den Boden bedeckten blaue Steine, die mit Konserven bedeckt waren, ein Zeichen, daß sie nie ganz trocken wurden. Sie sahen von oben aus wie Kinderköpfe mit grünen Haaren.

Gilliatt faßte mit den Zähnen sein Messer, kletterte mit Händen und Füßen an dem Abhang herunter und sprang ins Wasser. Es reichte ihm fast bis zu den Schultern.

Er trat in die Grotte ein und fand sich in einem Gange mit den schwachen Anfängen einer Spitzbogenwölbung über seinem Haupte. Die Wände waren glatt und schlüpfrig.

Von der Krabbe war nichts zu sehen.

Nach etwa fünfzehn Schritten hörte die Wölbung auf, der Raum war größer, also auch heller. Gilliatt war überrascht. Er stand wieder in jener fremdartigen Höhle, die er einen Monat vorher besucht hatte, nur daß er sie diesmal vom Meer aus betrat. Er war durch den Bogen gekommen, der damals bei der Flut unter Wasser gestanden hatte. Seine Augen gewöhnten sich allmählich an den Ort. Er konnte ihn immer besser erkennen und sein Staunen wuchs. Er fand denselben ungeheuerlichen Schattenpalast wieder, dieselbe gekräuselte Deckenwölbung, Blut- und Purpurspuren, die Steinvegetation und im Hintergrund dieselbe Gruft, fast eine Sakristei zu nennen, und den Stein, der wie ein Altar aussah.

Dicht über dem Wasserspiegel neben sich bemerkte er eine Querspalte im Granit. Wahrscheinlich hatte sich die Krabbe dorthin geflüchtet. Er streckte also seine Hand so weit als möglich hinein und begann diese Höhle der Finsternis zu durchsuchen.

Plötzlich fühlte er sich am Arm ergriffen.

Grausen überlief ihn.

Etwas Dünnes, Scharfes, Flaches, Glattes, Klebriges und Lebendiges hatte sich in der Dunkelheit um seinen nackten Arm geschlungen. Es stieg ihm gegen die Brust gleich dem Druck einer Walze und dem Stoß eines Bohrers. In weniger als einer Sekunde hatte ihm eine unbeschreibbare Schneckenlinie Hand und Arm umschlossen und berührte seine Schulter. Die Spitze drang unter seiner Achsel ein.

Gilliatt wollte zurückspringen, konnte sich aber kaum bewegen. Er war wie angenagelt. Mit seiner freigebliebenen linken Hand ergriff er sein Messer, das er zwischen den Zähnen hatte, stemmte sich mit der Hand gegen den Felsen und versuchte mit verzweifelter Anstrengung seinen Arm zurückzuziehen. Es gelang ihm nur, das Band, das den Arm umwickelt hatte, etwas zu beunruhigen, so daß es ein wenig zurückwich. Es war geschmeidig wie Leder, fest wie Stahl und kalt wie die Nacht.

Ein zweites, scharfes und schmales Ding kam aus dem Loch hervor wie eine Zunge aus einem Maul, leckte Gilliatts nackten Rücken zu seinem höchsten Entsetzen und setzte sich plötzlich, endlos und ganz fein langziehend, fest auf seine Hand und umschloß seinen ganzen Körper. Zugleich durchflog ein unerhörter, mit nichts vergleichbarer Schmerz Gilliatts gespannte Muskeln. Es war ihm, als wenn unzählige Lippen sich an sein Fleisch anhefteten und sein Blut auszusaugen suchten.

Noch ein drittes Ding wagte sich aus dem Felsen hervor, tastete auf Gilliatt umher, peitschte ihm die Seiten wie eine Sehne und befestigte sich dann an seinen Hüften.

Die höchste Angst ist stumm. Gilliatt stieß keinen Schrei aus. Es war hell genug, um die widerlichen Formen zu erkennen, die auf ihm hafteten. Ein viertes Band sprang ihm schnell wie der Blitz gegen den Bauch und rollte sich darauf fest.

Unmöglich, diese scheußlichen Pfriemen zu durchschneiden oder loszureißen. Sie verursachten ihm furchtbare und eigentümliche Schmerzen. Es war, als ob er von einer Menge kleiner Mäuler auf einmal verschlungen würde.

Ein fünftes Ding schnellte aus dem Loch, legte sich über die andern und umschnürte Gilliatts Zwerchfell. Der Druck vermehrte die Beängstigung. Er konnte kaum noch atmen.

Diese Riemen, die am Ende spitz zuliefen, weiteten sich immer mehr aus. Alle fünf gehörten sicher demselben Mittelpunkt an und tasteten und schoben sich auf Gilliatt hin und her. Er fühlte, wie sich jene dunklen Oeffnungen, die ihm als ebenso viele Mäuler erschienen, von ihrem Platz fortbewegten.

Plötzlich kam unten aus der Höhlung ein großer, runder, flacher Schleimkörper hervor. Es war der Mittelpunkt, in dem jene fünf Riemen wie Strahlen um einen Brennpunkt zusammenliefen. An der Seite unterschied man drei andre Fühler, die im Felsen geblieben waren. In ihrer Mitte befanden sich zwei Augen, die um sich blickten und Gilliatt ansahen.

Gilliatt erkannte den Alp.

Das Ungeheuer

Um an den Alp zu glauben, muß man ihn gesehen haben. Die Hydra des Altertums erscheint neben ihm lächerlich. Regt man seine ganze Einbildungskraft an, um einen Gegenstand des Entsetzens zu erzielen, so ist der Alp ein Meisterstück.

Der Alp besitzt kein Fleisch, kein Gebrüll, keinen Panzer, keinen Spieß, keine Flossen mit Zähnen, keinen Eiter, kein Gift, keine Tatzen, und doch ist er von allen Geschöpfen mit den furchtbarsten Waffen versehen.

Was ist der Alp?

Ein Schröpfkopf.

Ein grauer Gegenstand bewegt sich im Wasser, dick wie ein Arm, eine Elle lang. Er gleicht einem Regenschirm ohne Griff. Dieser Knäuel nähert sich. Plötzlich geht er auf und acht Strahlen schießen jählings von einem Kopfe fort, in dem zwei Augen stecken. Diese Strahlen bewegen sich rasch wie der Blitz.

Furchtbares Entsetzen, wenn diese Hydra sich auf einen Menschen wirft!

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19221117/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik

Wichtiger als Gottesdienst!

Der Bischof von Limburg erließ eine Mahnung zur Unterstützung der klerikalen Presse. Er schrieb darin:

Die Macht der Presse ist die größte Macht der Welt. Es muß dem katholischen Volke zum Bewußtsein gebracht werden, daß Gaben und Opfer für unser Pressewesen Gott wohlgefälliger sind und den Interessen unsrer Kirche und der Seelen bisweilen besser dienen, als Stiftungen von kirchlichen Geräten, ja sogar von gottesdienstlichen Feiern.

Wenn ein hoher Klerikaler davon überzeugt ist, daß sogar Gott und seine Heiligen zugunsten der klerikalen Presse zu Einschränkungen ihrer Opferansprüche geneigt **sind**, wird es den Arbeitern und Angestellten, die zu den weniger frommen Zeitungslesern gehören, erst recht klar sein, daß ihre Presse für sie unter allen Umständen das Wichtigste sein muß. Darum: Werbt für die Dresdner Volkszeitung!

Jugendweihen

nr. Die Versammlung der sozialistischen Elternräte und der Lehrerschaft Dresdens am 15. November beschäftigte sich mit der Veranstaltung der Jugendweihen Ostern 1923. Nachdem die Abrechnung der verflossenen Jugendweihen (Ostern 1922) vorgetragen worden war, die von den dazu Bestimmten Revisoren richtig gesprochen wurde, berichtete Genosse Rüdiger aus der vorhergegangenen Sitzung des Ausschusses für Jugendweihen über die Inangriffnahme der Vorarbeiten für die diesjährigen Jugendweihen. Alle in der Sitzung anwesenden Vertreter der Korporationen, die Ostern 1922 Träger der Jugendweihen waren, sind sich einig darüber, daß auch 1923 die Jugendweihen im allgemeinen auf derselben Grundlage durchgeführt werden müssen. Einzelheiten festzulegen, komme es heute nicht an, das sei Sache des neuzubildenden Ausschusses für Jugendweihen, der aus je einem Vertreter folgender Korporationen bestehen soll: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Vereinigte Sozialdemokratische Partei, Kommunistische Partei, Zentralverband der proletarischen Freidenker Groß-Dresdens, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Sozialistische Elternräte Dresdens, Zentrale für die freie Schule. Bis auf die Kommunistische Partei haben alle Organisationen ihre Zusicherung gegeben, wieder mitzuwirken. An die Kommunistische Partei soll die Aufforderung ergehen, einen Vertreter in den neuen Ausschuß zu entsenden, der nunmehr seine Tätigkeit aufnimmt.

Die Anmeldungen der Kinder müssen nun sofort bei den besonders aufgeführten Adressen bewirkt werden. Soweit Anmeldungen bereits bei den einzelnen Elternrats- und Lehrergenossen oder Freidenkern erfolgt sind, ist eine erneute Anmeldung nicht mehr nötig; sonst wären Doppelzählungen unvermeidlich. Zur mündlichen Agitation der Elternräte werden Anmeldeformulare herausgegeben. Die Ausgabe wird noch bekanntgemacht. Ein besonderer Aufklärungszettel wie im Vorjahre wird diesmal nicht herausgegeben.

Die Vorbereitungsstunden für die Jugendweihen beginnen in der ersten Woche nach den Weihnachtsferien. In welchen Schulen und in wieviel Klassen diese Vorbereitungsstunden erteilt werden, muß die Zahl der angemeldeten Kinder ergeben. Es steht zu erwarten, daß die Zahl der Kinder eine wesentlich höhere wird, so daß auch die Anzahl der Klassen und Schulen vermehrt wird. Die Stunden sind öffentlich, damit alle Eltern Gelegenheit haben, sich von der Güte des Gebotenen zu überzeugen.

Mit dem Vorgetragenen erklärten sich alle Genossen einverstanden. Verschiedene Wünsche und Anregungen wurden zur Prüfung auf ihre Durchführbarkeit dem Ausschuß für Jugendweihen überwiesen. Berücksichtigung des Wunsches, in Zukunft mit der Agitation für die Jugendweihen früher einzusetzen, wurde zugesagt. Infolge Arbeitsüberhäufung durch die Landtagswahlen war dies gegenwärtig nicht möglich.

Sodann wurde als erster Vorsitzender der sozialistischen Elternräte Genosse August Moschner, Löbtau, Stollestraße 25, als zweiter Vorsitzender Genosse Wolf, Freiberger Straße 27, und als Schriftführer Genosse Sarodnick, Löbtau, einstimmig gewählt.

Unter Organisationsfragen besprach Genosse Rüdiger die Notwendigkeit der Einteilung der sozialistischen Elternräte Dresdens in Bezirke, was unter Beibehaltung der zentralen Elternräteversammlungen begrüßt wurde. Die Genossen Rüdiger, Weckel und Grellmann wandten sich darauf entschieden gegen die in der Arbeiterpresse propagierte Landeskonferenz der weltlichen Elternräte, die von einzelnen Personen ausgehe, hinter denen keine Organisation steht. Eine solche Konferenz kann nur von Erfolg gekrönt sein, wenn für die gefaßten Beschlüsse und Maßnahmen auch die maßgebenden Vertretungen der Arbeiterschaft eintreten. Daher wurde gewünscht, in der Presse gegen die Konferenz Verwahrung einzulegen und die Elternräte der einzelnen Ortschaften aufzufordern, die Konferenz nicht zu beschicken. Von einigen Rednern wurden die Genossen Rüdiger und Weckel ersucht, bei der Partei dafür einzutreten, daß so bald wie möglich eine solche Konferenz, deren Notwendigkeit allseitig anerkannt wurde, von der Partei aus einberufen werde, was die beiden Genossen zusagten.

Zeugengebühren

Die Frankfurter Zeitung schreibt: Bis vor wenigen Tagen mußten Zeugen und Sachverständige, die zu Gerichtsverhandlungen an andre Orte fuhren, sich mit einer Aufwandsentschädigung von 50 M. und einer Uebernachtungsgebühr von 30 M. begnügen, Summen, die zuletzt nicht einmal mehr für das trockene Brot und kaum für das in einem Gasthof zu zahlende Bedienungsgeld hingereicht haben. Alle Proteste der Zeugen, denen damit zugemutet wurde, aus eigener Tasche ansehnliche Summen zuzulegen, waren vergebens, und weigerten sie sich, unter diesen Bedingungen zu erscheinen, dann hatten sie hohe Strafen zu zahlen. Seit kurzem ist nun durch Inkrafttreten der Novelle über die Gebührenordnung darin eine Besserung eingetreten, die sich aber schon wieder als unzureichend erweist. Die Entschädigung an besonders teuren Orten darf danach bis zu 480 M., an andern Orten bis zu 360 M. betragen, während für das Nachtquartier ein angemessener Betrag vergütet wird. Zugleich ist vorgesehen, daß bei einer wesentlichen Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Gebühren anderweit festsetzen darf. Auch dieses Verfahren erscheint viel zu umständlich. Schon jetzt ist klar, daß man auch mit den neuen Entschädigungssummen schwerlich auskommen kann. Bei den sprunghaften Preisänderungen wird jede Bestimmung fester Summen zu Unbilligkeiten führen. Es bleibt nur der Weg, den Gerichten hier freien Spielraum zu lassen, damit sie die Gebühren nach dem durchschnittlichen Aufwand festsetzen können.

Zirkus Sarrasani

Zirkus Sarrasani mit seinem Park dressierter Tiere ist von der Reise zurückgekehrt. Das Programm, mit dem er die Dresdner Wintersaison eröffnet, bringt unter fünfzehn Nummern acht zirzensische Tierdressuren: Löwen, Stiere, Maultiere und Pferde. Die Löwen führt diesmal eine Dame vor, Tilly Lebé, die sich unter den Raubtieren wie unter Hauskatzen bewegt. Stiere und Maultiere werden unterm Sattel und in Freiheit dressiert von Charles Bradbury und seiner Reitertruppe vorgeführt. Georg Burckhardt-Frotit, der glänzende Schulreiter, reitet abwechselnd „Daphis" und „Strolch", zwei seiner meisterhaft geschulten Tanzpferde vor. Ernst Schumann arbeitet gern mit Massen in Freiheit dressierter Pferde. Mit seinem Karussell von 32 durcheinanderkreisenden Füchsen, Schimmeln und Rappen erntet er auch diesmal rauschenden Beifall. In einem neuen Dressurakt führt er seine „Kanonenpferde" vor. Unter den Klängen der Wacht am Rhein traben sie mit kleinen, spielzeughaften Holzkanonen und mit grotesken Kanonierpuppen im Sattel in die Manege. Ein Teil des Publikums nimmt diesen Zirkuswitz für eine ernstgemeinte Demonstration, gerät beim Anblick der Holzkanonen in militaristische Begeisterung und bejatscht diese „Wacht am Rhein", eine amüsante Blamage, die man den kindlich Begeisterten von Herzen gönnen darf, wenn auch in dieser Kundgebung eine Gesinnung gewisser Volksteile sich verrät, die keineswegs erbaulich ist.

Den übrigen Teil des Abends füllen artistische Künste. Die zwei Alexandrews treten als Luftakrobaten in japanischem Stile auf, während zu gleicher Zeit auf der Bühne ein im Programm gar nicht genannter Handstandkünstler verblüffende Leistungen vollbringt. Der Zauberer Loupini überrascht sein Publikum mit liebenswürdig vorgeführten Hexereien, die den Vorzug haben, neu zu sein. Die drei Bucefals arbeiten in ihren „Teufelsspielen" als Schlangenmenschen von geradezu unwahrscheinlicher Biegsamkeit aller Glieder. Die Lindsens turnen am getragenen Maste einer alten schwedischen Kiefer. Die Adiones voltigieren über einer federnden Sprungbahn mit einer Elastizität, die an schwingende und fliegende Gummibälle denken läßt. Und eingereiht in die eigentlich zu reichliche Fülle des Gebotenen vollführen die Albanos und Cavalinis ihre mehr derben als witzigen Clownspäße.

Die neuen Fernsprechgebühren

Die Fernsprechgebühren werden vom 1. Dezember an um 1800 v. H. erhöht. Die vierteljährlich im voraus fälligen laufenden Gebühren (z. B. die Grundgebühren für Hauptanschlüsse, außerdem die in der Fernsprechordnung festgesetzten Gebühren für Nebenanschlüsse, Querverbindungen, Anschlußdosen und Zusatzeinrichtungen, die Zuschläge für Leitungsstrecken außerhalb des Fünfkilometerkreises) werden jedoch erst vom 1. Januar 1923 an mit dem höheren Zuschlag belegt.

Vom 1. Dezember an werden u. a. erhöht: die Einrichtungsgebühren, die Orts- und die Ferngesprächsgebühren. Danach beträgt die Grundgebühr für die Ueberlassung und Unterhaltung eines Hauptanschlusses (ohne Zuschläge und ohne Gesprächsgebühren) vom 1. Januar 1923 an in Ortsnetzen mit mehr als 10 000 bis inklusive 50 000 Hauptanschlüssen 8960 M. (Diese Staffel kommt für Dresden in Frage.)

Die Gebühr für ein Ortsgespräch beträgt vom 1. Dezember an von einer Teilnehmerstelle aus 8,50 M.

Für die Benutzung der Fernleitungen ist vom 1. Dezember an zu zahlen für ein Gespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer bei einer Entfernung

bis zu 5 Kilometer einschließlich	3,50 M.
von mehr als 5 bis 15 Kilometer einschließlich	10,50 „
„ „ „ 15 „ 25 „ „	17,50 „
„ „ „ 25 „ 50 „ „	28,00 „
„ „ „ 50 „ 100 „ „	42,00 „

über 100 Kilometer für jede angefangenen weiteren 100 Kilometer 21 M. mehr.

Bei öffentlichen Sprechstellen beträgt vom 1. Dezember an die Gebühr für ein Gespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer im Ortsverkehr und im Fernverkehr auf Entfernungen von nicht mehr als 5 Kilometer 7 M.

Ein Erpresserbrief

Der 22jährige Kuhmelker Kurt Walter Dietrich war ¾ Jahr lang beim Gutsbesitzer Kreiser in Heidenau in Stellung gewesen, hatte dort einen Maisdiebstahl verübt und war deshalb entlassen, aber nicht angezeigt worden. Er war durch die folgende Arbeitslosigkeit in Not geraten. Zu gleicher Zeit sah seine Geliebte ihrer Entbindung entgegen. Im Herbst hatten beide einen Selbstmordversuch in ihrer Wohnung in Tharandt unternommen, der aber vereitelt wurde. Am 6. Oktober begab D. sich nach Heidenau und schickte mit einem Kinde einen Brief in die Wohnung des Gutsbesitzers Kreiser, worin er 100 000 Mark verlangte. Werde ihm das Geld nicht gebracht, so würde die große Scheune in Flammen aufgehen. Würde man die Polizei benachrichtigen, so würde er seine Strafe verbüßen, dann aber an Kr. fürchterliche Rache nehmen. Das Geld sollte am selben Abend an die dortige Schule gebracht werden. Gegen 7 Uhr abends wurde Dietrich dort verhaftet. In der Verhandlung war D. voll geständig und bemerkte, daß ihn nur die bitterste Not zu seinem Schritte getrieben habe. Er hätte nie den Mut gehabt, die angedrohte Tat wirklich auszuführen und bat um mildernde Umstände. Die 5. Strafkammer erkannte auf acht Monate Zuchthaus, die den Bestimmungen der Strafprozeßordnung nach in ein Jahr Gefängnis umgewandelt wurden. Die Untersuchungshaft wird voll in Anrechnung gebracht.

Ein äußerst raffinierter Gaunerstreich kam vor 14 Tagen, wie berichtet worden ist, in einer Dresdner Großbank zur Ausführung. Der 1901 zu Dresden-Pieschen geborene, wiederholt und ganz empfindlich vorbestrafte Handlungsgehilfe Walter Albert Fritz Märtens suchte die Bankräume auf und ließ sich auf einen der Sessel nieder, um angeblich Zeitungen zu lesen. Bei dieser Gelegenheit kam Märtens mit einem Kaufmann ins Gespräch, der zwei Schecks zur Einlösung vorgelegt hatte, die über schwedische Kronen ausgestellt waren, und nach deutscher Währung über insgesamt 1 800 [illegible] M. lauteten. Als der betreffende Bankbeamte den Namen aufrief, trat Märtens dreist an den Schalter und ließ sich die beiden Schecks aushändigen, um sofort damit zu verschwinden. Der Betrüger suchte sofort ein Geschäft in der Prager Straße auf, bewirkte große Einkäufe, und legte zur Bezahlung die betreffenden Schecks vor. Die Verkäuferin fragte mittels Fernsprechers bei der Bank an. Dort hatte sich inzwischen der wirkliche Empfangsberechtigte auch an den Kassenschalter begeben, um nach dem Verbleib zu fragen. Der Gaunerstreich klärte sich damit sofort auf. Als Märtens im Geschäft auf der Prager Straße merkte, daß sein Plan mißlungen war, ergriff er die Flucht. Es gelang aber, ihn in der Großen Plauenschen Straße einzuholen und festzunehmen. Märtens stand jetzt dieserhalb vor dem Dresdner Schöffengericht. Der Staatsanwalt forderte strenge Bestrafung, es habe sich um einen ganz gemeinen, raffinierten Trick gehandelt, die Verkehrssicherheit werde dadurch schwer gefährdet. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust. In der Begründung des Urteils betonte der Vorsitzende, der Angeklagte sei schon nach seinem ganzen Vorleben und seinem Verhalten, und nach der Art der Ausführung der Typ eines internationalen Gauners.

Ein Markenbrot 300 M. am 4. Dezember. Der 4. Dezember wird voraussichtlich eine 150prozentige Verteuerung des Markenbrotes bringen, da zu diesem Termin die neuen Mehlpreise für das zweite Umlageviertel in Kraft treten. Infolge der Zuschläge der Kommunalverbände dürfte sich dann der Preis für den Doppelzentner Roggen auf 14 000 M., für Weizenmehl auf 15 000 M. stellen. Hierzu kommen die neuen Kohlenpreiserhöhungen, die vermehrten Lohnausgaben usw., so daß der Preis des Markenbrotes einen Sprung von 112 M. auf annähernd 300 M. machen dürfte.

Rechts gehen auf den Elbbrücken. Das Presseamt des Polizeipräsidiums teilt uns folgendes mit: Mit Rücksicht auf einen Unfall wird die Bestimmung in Erinnerung gebracht, nach der auf der Augustusbrücke und auf der Loschwitz-Blasewitzer Brücke die Fußgänger stets den in der Gangrichtung rechts liegenden Fußsteig zu benutzen haben. Bei der erheblichen Zunahme des Verkehrs in den Straßen der inneren Stadt würde es eine wesentliche Verkehrserleichterung bedeuten, wenn die Fußgänger diese Bestimmung in allen Straßen, in denen ein lebhafter Verkehr herrscht, beachten würden, soweit nicht auf der andern Straßenseite Geschäfte zu besorgen sind. Auf diese Weise würde das verkehrsstörende Gegeneinandergehen der Fußgänger sowie die Behinderung der Fußbahn durch einige Fußgänger, die auf dem Fußsteig bei der jetzigen Art des Verkehrs nicht schnell genug vorwärts kommen, vermieden werden.

Stiftung für Unbemittelte und Kleinrentner. Freiherr v. Burgk bedachte die Gemeinde Burgk, die Stadt Freital für den Stadtteil Niederhäslich, die Gemeinden Wilmsdorf, Hänichen, Possendorf, Rippien, Bonnewitz mit Boderitz und Welschhufe, Cunnersdorf, Kleinnaundorf, Gittersee, Birkigt, Röthnitz und Börnchen sowie Dresden-Coschütz mit Beträgen zwischen 15 000 und 180 000 Mark. Die Beträge sollen für Unbemittelte und Kleinrentner zur Verbilligung des Heizungsmaterials und des Lichtes Verwendung finden. Die invaliden Bergleute werden mit Deputaten usw. bedacht.

Fürsorgevermittlungsstelle Dresden-Stadt und -Land. Neue Putz-, Pelz- und Frisierkurse nehmen am 20. November wieder ihren Anfang. Die Kurse finden teils am Tage, teils am Abend statt. Anmeldungen zu den obigen sowie zu den Schneider- und Weißnähkursen, in die der Eintritt jederzeit erfolgen kann, nimmt die Geschäftsstelle, Wilhelmplatz 7, 1., täglich, außer Sonnabend, von 10 bis 2 Uhr entgegen.

Behördliche Durchsuchung im Kaufhaus Mühlberg. Kürzlich fand bei Mühlberg eine Durchsuchung der Geschäftsräume statt, woran zwei Staatsanwälte, Beamte der Landespreisprüfungsstelle und eine große Anzahl Kriminalbeamte beteiligt waren. Es sollte nachgeprüft werden, ob es richtig ist, daß große Posten Waren gelagert sind, die dann nach erfolgter weiterer Preissteigerung abgesetzt werden sollten.

Selbstmord. Weil sie den Tod ihres kürzlich an Fischvergiftung nach dem Genuß eines verdorbenen Völklings verstorbenen Ehemannes, eines Steuerbeamten, nicht verschmerzen konnte, schied am Donnerstag eine in der Berliner Straße wohnhafte 46 Jahre alte Witwe durch Einatmen von Leuchtgas freiwillig aus dem Leben. Sie war kinderlos.

Wegen vollendeter und versuchter Bodenkammereinbrüche stand der oft vorbestrafte, 1899 zu Dresden geborene Marktheller Friedrich Otto Herbert Linke vor dem Schöffengericht. Der Angeklagte, der seine Schuld teilweise zu leugnen versuchte, wurde für voll überführt angesehen und demnach zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Arbeiterunfälle. Am Mittwoch meldeten wir einen Unfall auf der Palmstraße, wo einem Arbeiter beim Abladen von schweren Frachtgütern ein Ballen auf die Beine stürzte und ihm einen Oberschenkel zertrümmerte. Dazu wird uns berichtigend mitgeteilt, daß sich das Unglück nicht auf dem Platze vor der Zentralausspannung, Palmstraße 8, zugetragen hat, sondern auf der Flemmingstraße, Ecke Palmstraße.

Gasvergiftung. Durch einen unglücklichen Zufall verlor am Donnerstag abend eine in der Annenstraße wohnhafte 70 Jahre alte Ehefrau infolge einer offenstehenden Gaslampe die Besinnung, die aber bald wieder zurückkehrte.

Erhängen wollte sich am Donnerstag nachmittag an seiner in der Nossener Straße gelegenen Arbeitsstätte ein 28 Jahre alter, in der Johannstraße wohnhafter Buchhalter, der aber am Leben erhalten werden konnte und Aufnahme in der Heil- und Pflegeanstalt fand.

Rechenmaschine gestohlen. Aus den Bureauräumen der staatlichen Braunkohlenwerke in der Ostra-Allee wurde am 8. November eine Rechenmaschine, Comptator Nr. 11 570, mit dem dazu gehörigen Holzkästchen, das etwa 22 × 9 × 4 Zentimeter groß und mit braunem Samt ausgeschlagen ist, gestohlen. Für Wiedererlangung der Rechenmaschine wird eine angemessene Belohnung zugesichert. — Gestohlen wurde ferner durch Erbrechen einer Baubude im städtischen Elektrizitätswerk am Wettinerplatz den dort beschäftigten Arbeitern eine Lederhose, ein grüner Wollschwitzer, Schuhe und Handwerkszeug im Werte von 20 000 M. und aus einer Erdgeschoßwohnung an der Altonaer Straße Betten mit Bezügen, die B gezeichnet sind. Die Kriminalpolizei bittet zu diesen Diebstählen um sachdienliche Mitteilungen.

Scheckmaschine gestohlen. 20 000 M. Belohnung. Einer hiesigen Firma wurde in der Zeit vom 8. bis 11. November eine Scheckmaschine Nr. 807 542 — Todd-Schrift-Schulz-Maschine — gestohlen. Die geschädigte Firma hat für Wiederherbeischaffung der Maschine obige Belohnung zugesichert.

Schreibmaschinendiebstahl. Vom 1. bis 14. November ist aus dem Maschinensaal der Firma Claus, Wintergartenstraße 74, eine Schreibmaschine, Ideal Nr. 8949, gestohlen worden. Die bestohlene Firma hat bei Wiedererlangung der Schreibmaschine eine Belohnung zugesichert.

Diebstahl von Kupferblechen in Vorstadt Plauen. Von einer Familiengruft in Vorstadt Plauen sind in letzter Zeit 10 Meter Kupferblech, 25 und 40 Zentimeter breit, 7 Millimeter stark, gestohlen worden.

Proletarische Freidenker, Dresden. Gruppenversammlungen, 7½ Uhr abends beginnend: Johannstadt: Sonnabend in der Zöllnerklause. Vortrag. — Antonstadt: Montag bei Engels, Böhmische Straße 41. Vortrag des Genossen Heinrich Wagner: Das Wesen der Religion. — Striesen: Dienstag in der Wartburgschänke. Vortrag des Genossen Wiedemann. — Gorbitz und Umgebung: Dienstag in Bretschneiders Restaurant, Leßlestraße. Vortrag der Genossin Träger.

Bezirksmieterausschuß Neu- und Oppelvorstadt. Unterrichtsabend der Waldschlößchengruppe Sonnabend, abends 7½ Uhr, im Radeberger Hof. Für Unterbezirk I Montag, abends 7½ Uhr, im Restaurant Alte Kaserne, Metzer Straße.

Aus dem Parteileben

6. Unterbezirk

Bezirk Laubegast. Heute Freitag, pünktlich abends 7½ Uhr, im Restaurant Berthold wichtige Bezirksversammlung mit Vortrag. Alle Genossinnen und Genossen haben zu erscheinen.

Gruppe Löbtau. Die Genossen werden ersucht, die Blocks für den Kampffonds bis spätestens den 19. November abzurechnen. Die Genossen, die das letzte Kapitalisationsmaterial erhalten haben, werden gebeten, dasselbe zu erledigen und recht bald abzuliefern. Die Gruppenversammlung findet Umstände halber erst Dienstag den 28. November im Bürgergarten statt. Sonntag den 26. November (Totensonntag) findet im Bürgergarten ein Unterhaltungsabend statt. Programme sind zu haben bei den Beitragskassierern und beim Genossen Liebscher, Poststraße 17, 1.

Wettervorhersage für den 18. November

Mitgeteilt von der Sächsischen Landeswetterwarte

Fortbestand des herrschenden Wetters.

Wetterlage: Ein Ausläufer der tiefen nordöstlichen Depression hat über Mitteleuropa das Hochdruckgebiet verdrängt. Dessen Kern liegt über den britischen Inseln. Das starke Druckgefälle bewirkt, daß bei uns eine lebhafte nordwestliche Luftströmung eintritt, die mildes Wetter und Niederschläge hervorruft. Im Gebiet jenes Ausläufers sinkt das Barometer stark, so daß unter seinem Einfluß die gegenwärtige Witterung während der nächsten Tage anhalten wird.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Wachmann; für Sachsen u. Gewerkschaftsbewegung: Paul Barthel; für Stadtchronik u. Aus der Umgebung: Franz Holzapfel, sämtlich in Dresden; für Lokales aus Freital: Richard Bombach, Wilsdruff; für den Inseratenteil: Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden u. Comp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19221117/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Politik der Angst

Während des Krieges gerieten die Throne und Thrönchen bedenklich ins Wackeln und mancher der gekrönten Häupter purzelte von seinem allerhöchsten Sitz. Der jetzige Friede — frei nach Clausewitz möchte man ihn eine „Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln" nennen — rüttelt gewaltig an den Sitzen der ungekrönten Häupter Europas. Wie sehr sich die Dinge im Augenblick zuspitzen, kann man daraus erkennen, daß binnen wenigen Wochen die Ministerpräsidenten der großen europäischen Staaten gestürzt worden sind. Lloyd George ging voran. Ihm folgte de Facta in Italien. Jetzt mußte Wirth daran glauben. Und schon lange — seit August — raunt es in eingeweihten Kreisen, daß auch Poincaré bedenklich wackelt.

Diesmal war kein Lord Northcliffe da, um Deutschland die alleinige Schuld an dieser sich zuspitzenden Krise zuzuschieben. Und selbst in den uns bisher feindlich gesinnten Ländern ist man sich klar darüber, daß der Versailler Vertrag die Hauptursache alles Uebels ist. Man hat erkannt, daß die Friedensbedingungen unmöglich erfüllt werden können, und daß die Fortsetzung der deutschen Erfüllungspolitik nicht nur Deutschland, sondern auch die andern Länder ruiniert. Damit hat die Erfüllungspolitik — soweit sie über den Rahmen des Vernünftigen und Möglichen hinausgeht — ihren Zweck erfüllt: die Welt von ihrer Sinnlosigkeit zu überzeugen. Doch sind auch wir nicht frei von jeder Mitschuld an den Zuständen: die Drohungen und das Revanchegeschrei der deutschen Monarchisten in Verbindung mit ihren Gewalttaten wie die Ermordung republikanischer Führer, andrerseits die Zaghaftigkeit und Unentschlossenheit der deutschen Regierung, haben dazu beigetragen, die Lösung der Krise zu verschleppen.

Wenn aber die ganze Welt die gefährliche Sinnlosigkeit des Versailler Vertrages erkannt hat, wenn selbst die französischen Staatsmänner — wie aus ihren Reden hervorgeht — sich dieser Einsicht nicht verschließen, warum pochen dann die französischen Machthaber immer noch auf den Buchstaben des Vertrages und verhindern jede Aenderung und Erleichterung der Friedensbedingungen? Es gibt nur eine Erklärung für die französische Politik: sie haben Angst! Angst vor einem wiedererstarkenden Deutschland! Ein Gefühl, das durch das Geschrei und das Waffengerassel der deutschen Nationalisten keineswegs gemindert wird. Mit überraschender Offenheit und unter lebhaftem Beifall hat dies Loucheur in seiner großen Kammerrede zugegeben, in der er sich gleichsam als Nachfolger Poincarés anbot:

„Aber wenn Deutschland durch die Hilfe der Alliierten wieder stark wird, wer birgt dann für unsre Sicherheit? Wenn ich vor die Wahl gestellt würde, entweder nicht bezahlt zu sein, aber in Sicherheit zu leben, oder bezahlt zu sein und ewig bedroht zu sein, dann bin ich rasch entschlossen: ich entscheide mich für die Sicherheit."

Diese Angst ist das Leitmotiv der französischen Politik. Sie bestimmt die französischen Staatsmänner dazu, unerfüllbare Forderungen zu stellen, auf die sie nur verzichten, um dafür immer neue „Pfänder und Sicherheiten" zu verlangen. Aus diesem Motiv heraus erklären sich die französischen Versuche, Deutschland zu zerreißen, erklärt sich ihr Liebäugeln mit den bayerischen Monarchisten, erklärt sich ihre Politik gegenüber Oesterreich, in Oberschlesien, im Saargebiet, erklärt sich ihr Versuch, das Rheinland von Preußen-Deutschland loszutrennen und zu einem selbständigen Pufferstaat zu machen.

Wie bitter ernst es ihnen mit diesem Ziele ist, beweist neuerdings der Geheimbericht Dairacs, des Vorsitzenden der Finanzkommission der französischen Deputiertenkammer, über seine Rheinlandreise, die er im amtlichen Auftrage unternommen hatte. Die Frankfurter Zeitung war in der Lage, Teile dieses Geheimberichts zu veröffentlichen, der bisher in der deutschen Oeffentlichkeit keineswegs die notwendige Beachtung gefunden hat.

In diesem Bericht wird als Vorbedingung, der sich jede französische Politik im Rheinland unterzuordnen hat, die Verlängerung der Besatzungsdauer verlangt. (Wer denkt da nicht an die wiederholten Erklärungen Poincarés, daß die Fristen der Besetzung infolge der Nichtausführung der deutschen Verpflichtungen noch nicht zu laufen begonnen haben!)

Die Denkschrift fordert dann dreierlei:

1. die finanzielle Organisation des Rheinlandes, Erhöhung der Zollgrenzen im Osten gegen Deutschland, ihre Erniedrigung im Westen gegen Frankreich;

2. Ersetzung der preußischen durch rheinische Beamte;

3. Ausdehnung der Gewalten der Hohen Kommission und Einberufung einer gewählten Versammlung.

Das sind zweifellos ehrgeizige Pläne, die aber, mit Weisheit und Unterscheidungsvermögen ausgeführt, und zwar in dem Maße ausgeführt, als Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen wird, vollkommen berechtigt wären. Das ist eine Politik langer Sicht, in der eine kluge Diplomatie eins um das andre der aufeinanderfolgenden Kettenglieder einer überlegten Aktion anfügen muß, welche nach und nach von Deutschland das Rheinland loslösen wird, das frei ist unter der militärischen Wucht Frankreichs und Belgiens.

In einem zweiten Abschnitt behandelt Dariac den Brückenkopf von Düsseldorf, die französische Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, wobei die Frage „außerhalb jeder Diskussion bleiben muß . . ., daß wir nicht daran denken können, dieses Pfand aufzugeben". Ein Pfand, durch das die Franzosen in die Lage gesetzt werden, „eine entscheidende Rolle in der deutschen Eisenindustrie zu spielen" und für das sie „eine Kontrolle der deutschen Produktion" fordern können. Auch Dariac erkennt die Zwickmühle, in der sich die Franzosen befinden:

Wir können von Deutschland nicht verlangen, daß es während 35 Jahren ungeheure Summen an uns bezahlt, während wir auf der andern Seite Angst haben, daß seine Industrie sich in einem Maße entwickele, welches ihm die Zahlung der unterschriebenen Schulden gestatte.

Da das Problem, Deutschland zahlungsfähig zu machen, ohne es gleichzeitig militärisch erstarken zu lassen, nicht zu lösen ist, so wollen die Franzosen lieber auf alle Entschädigungen und Wiedergutmachungen verzichten, wenn nur Deutschland schwach bleibt. Aber die französischen Rechenkünstler übersehen dabei eins: die französische Finanzlage ist derartig katastrophal, daß ein Verzicht auf Deutschlands Zahlungen für Frankreich einfach nicht in Betracht kommen kann.

Der demokratische Senator Henri Bérenger hat im Auftrage seiner Partei dem französischen Senat eine Denkschrift über die Finanzen vorgelegt, in der er zu folgenden Ergebnissen kommt: Einem Haben von 139 Milliarden Frank steht ein Soll von 475 Milliarden gegenüber. In Wirklichkeit ist der Ausfall von 336 Milliarden noch viel größer, da bei dem Haben die deutsche Reparationsschuld mit 124 Milliarden eingesetzt ist. Angesichts der deutschen Zahlungsunfähigkeit ein etwas unsicheres Guthaben. Bérenger berechnet den Anleihebedarf für 1922 und 1923 auf rund 66 Milliarden, so daß die Gesamthöhe der französischen öffentlichen Schuld auf 400 Milliarden ansteigen dürfte.

Die französische Politik befindet sich also in einer Sackgasse, in die sie, wenn sie auf dem bisherigen Wege fortschreitet, nur immer weiter hineingeraten würde. Für Frankreich gibt es nur einen Ausweg: mit der Politik der Gewalt zu brechen und durch eine friedliche Verständigung mit Deutschland für beide Länder und darüber hinaus für Europa zu retten, was zu retten ist.

Noch ist man in Paris nicht so weit. Aber die Wirklichkeit spricht eine harte Sprache, gegen die man sich vergeblich die Ohren zustopft. Gegen die man auch mit Handgranaten, Tanks und Giftgasen nichts auszurichten vermag. Und die Angst ist von jeher eine schlechte Lehrmeisterin gewesen. Im Leben des Einzelnen wie im Leben der Völker. Die Politik der Angst ist es gewesen, die an der Wiege des Weltkrieges gestanden hat. Die Politik der Angst droht uns nach dem Krieg vollends in den Abgrund zu stürzen. Vielleicht erkennt man auch in Frankreich, daß man in diesem Zeichen auf die Dauer nicht siegen kann.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitslosigkeit steigt

Nach dem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung stand der sächsische Arbeitsmarkt auch im Monat Oktober, wie im Vormonat, unter dem Zeichen einer fortschreitenden Abwärtsbewegung der Arbeitsuchendenzahl. Die ungünstige Gestaltung des Arbeitsmarktes ist, abgesehen von der vorgeschrittenen Jahreszeit, namentlich auf die starke Erschütterung, die das rapide Sinken des Markkurses im Gefolge hatte, zurückzuführen. Die andauernde Zurückhaltung mit Neuaufträgen sowie die Beendigung der Saisonarbeiten und die infolge der kälter werdenden Jahreszeit sich nötig machenden Einschränkungen der Außenarbeiten lassen eine noch weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage mit Sicherheit erwarten.

Bei 84 berichtenden öffentlichen sächsischen Arbeitsnachweisen stieg die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden auf Grund der Stichtagszählungen von 19 978 Anfang Oktober auf 24 719 Anfang November, das ist ein Mehr von 4741. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen ging im Oktober gegenüber dem Vormonat von 4848 auf 3697 zurück.

Eine leichte Steigerung der Zahl gemeldeter offener Stellen verzeichnete nur das Spinnstoffgewerbe von 51 auf 66, die Papierindustrie von 15 auf 21, das Vervielfältigungsgewerbe von 9 auf 15, die künstlerisch gewerblichen Berufe von 4 auf 6, die Berufsgruppe für Maschinisten, Heizer und Fabrikarbeiter von 35 auf 48, das Handelsgewerbe von 101 auf 126. In sämtlichen übrigen Berufsgruppen ließ die Zahl der gemeldeten offenen Stellen nach.

Was die Arbeitsuchendenzahl in den einzelnen Berufsgruppen anlangt, so verzeichnete ein Nachlassen nur der Bergbau von 81 auf 23, die chemische Industrie von 40 auf 39, und die künstlerisch gewerblichen Berufe von 75 auf 74. Im ganzen Monat Oktober erfolgten bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen 1694 Vermittlungen gegen 1078 im Vormonat und im Bergbau 381 gegen 587.

In allen andern Berufsgruppen trat eine Steigerung der Arbeitsuchendenzahl ein, und zwar in der Landwirtschaft von 411 auf 492, in der Industrie für Steine und Erden von 59 auf 184, in der Metallindustrie von 1582 auf 1791, im Spinnstoffgewerbe von 1490 auf 1835, in der Papierindustrie von 276 auf 471, in der Lederindustrie von 98 auf 158, im Holz- und Schnitzstoffgewerbe von 882 auf 864, im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe von 2293 auf 2885, im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe von 684 auf 817, im Baugewerbe von 478 auf 863, im Vervielfältigungsgewerbe von 862 auf 458, in der Gruppe für Maschinisten, Heizer und Fabrikarbeiter von 8450 auf 8909, im Handelsgewerbe von 782 auf 1072, in der Gast- und Schankwirtschaft von 420 auf 533, in der Gruppe für sonstige Lohnarbeit und häuslichen Dienste von 6165 auf 7790 und in den freien Berufsarten von 1065 auf 1191.

Gegen den kommunistischen Betriebsrätekongreß

Die Kommunisten sind eifrig am Werke, in den Betrieben Stimmung für den kommunistischen Reichsbetriebsrätekongreß zu machen und in Betriebsversammlungen für die Finanzierung und Beschickung des Kongresses zu werben. Eine kürzlich auf Antrag der kommunistisch orientierten Kollegen stattgefundene Betriebsversammlung der Belegschaft des Stahlwerkes in Pirna beschäftigte sich mit der Beschickung dieses Kongresses. Als Referent sprach Stadtverordneter Rädel (K. P. D.), als Korreferent Sander, Dresden (V. S. P. D.). Nach einer Aussprache, an der auch der zufällig anwesende Organisator der kommunistischen Betriebsrätebewegung des Pirnaer Industriegebietes, Klett, teilnahm, fand folgende Resolution Sander gegen 12 Stimmen Annahme:

„Die ernste Wirtschaftslage und die die Arbeiterklasse immer stärker belastenden Notzustände machen es Gewerkschaften und Betriebsräten zur unbedingten Pflicht, den mit den Wirtschaftsfragen zusammenhängenden Arbeiten ihre vollen Kräfte zu widmen. Wollen wir der zunehmenden Verelendung des werktätigen Volkes Einhalt gebieten, und dem Kampf, den Unternehmer und bürgerliche Parteien in erhöhtem Maße gegen die Arbeiterklasse führen, mit Erfolg entgegentreten, dann müssen alle proletarischen Kräfte aufgeboten und in einmütigem Wirken zusammengefaßt werden.

Die Betriebsbelegschaft des Stahlwerkes in Pirna lehnt deshalb den von kommunistischer Seite einberufenen Betriebsrätekongreß ab und versagt diesem wilden Betriebsrätekongreß jede Unterstützung und Beteiligung.

Die Betriebsbelegschaft spricht dem Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes seine Genugtuung darüber aus, daß er den Reichsbeirat der Betriebsräte des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart zusammengerufen hat, und daß in den einzelnen Bezirken, insbesondere in Sachsen, in nächster Zeit eine Konferenz der Metallarbeiterbetriebsräte stattfinden soll."

Der gesetzliche Achtstundentag in Schweden

Untersuchung über seine Wirkung

Die Abteilung für Arbeitsfragen des Schwedischen Sozialdepartements (Sozialstyrelsen) hat seinerzeit von der schwedischen Regierung den Auftrag erhalten eine Untersuchung über die Wirkungen des gesetzlichen Achtstundentags in Schweden zu veranstalten.

In einem ausführlichen Bericht wird jetzt das Ergebnis dieser Untersuchung bekanntgegeben. Es wird in dem Bericht hervorgehoben, daß es bei den jetzigen großen Schwankungen im Wirtschaftsleben fast unmöglich ist, ein objektives Urteil über die Wirkung des Gesetzes zu fällen. Während von Arbeitgeberseite betont wird, daß das Gesetz als ein großes Unglück für das ganze Land zu betrachten sei, bezeichnen die befragten Arbeiterorganisationen es als einen großen sozialen Fortschritt, als das beste Gesetz, das jemals für die Arbeiter geschaffen worden sei.

Es wird weiter hervorgehoben, daß das Gesetz die Verbesserung der technischen und organisatorischen Einrichtungen in den Betrieben kräftig fördert, wenn auch zugestanden werden muß, daß die Produktionskosten im allgemeinen erhöht worden und einigen Betrieben, hauptsächlich innerhalb des Transportgewerbes, Schwierigkeiten entstanden sind.

Die Behauptung, daß der Achtstundentag gleichzeitig eine Herabsetzung der Arbeitsintensität bewirkt hat, ist durch eine Spezialerhebung in einigen Betrieben besonders untersucht worden. An Hand dieser Untersuchung wird festgestellt, daß diese Behauptung im allgemeinen nicht zutrifft und daß die Arbeitsintensität sich im Gegenteil dauernd erhöht.

Nach Ansicht der Verfasser des Berichts sind die Wirkungen des Gesetzes im allgemeinen als zufriedenstellend zu bezeichnen, und er empfiehlt deshalb der Regierung, die Geltungsdauer des Gesetzes um drei Jahre zu verlängern. Es werden jedoch einige kleine Aenderungen vorgeschlagen, u. a., daß die Zahl der erlaubten Ueberstunden von 30 auf 40 pro Kalendermonat erhöht wird, jedoch soll die bisherige Bestimmung, die nicht mehr als 200 Stunden jährlich zuläßt, bestehen bleiben.

Der Verband der Porzellanarbeiter Deutschlands zählte im Monat Oktober insgesamt 70 757, davon 88 128 weibliche Mitglieder. Der Verband erfaßt damit fast die gesamte Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie. In einen verbleibenden kleinen Rest teilen sich die christlichen Organisationen mit etwas über 2000 Mitgliedern und die Gewerkvereinler mit einigen Hundert. Der Berufsverband deutscher Keramarbeiter (Christliche) wurde beim Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages im Oktober 1922 vom Porzellanarbeiterverband nicht mehr als Beteiligter zugelassen. Die Organisation wird jetzt ihre Tätigkeit darauf verlegen müssen, die neugewonnenen Mitglieder zu gewerkschaftlichen Kämpfern zu erziehen. Zur Schulung der vielen weiblichen Verbandsangehörigen konnte noch keine weibliche Werbekraft aus dem Beruf selbst gewonnen werden.

Noch keine Verhandlungen über die Beamtengehälter. Berliner Blätter melden die Tatsache, daß bisher keine Einladung an die Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter zu den Verhandlungen über die Teuerungsaktion vom Reichsfinanzministerium noch nicht ergangen ist und daß der Rücktritt des Kabinetts Wirth die Möglichkeit einer Verzögerung der Teuerungsaktion in sich schließt, werde die Organisationen veranlassen, auf eine Beschleunigung der Teuerungsaktion zu dringen.

Textilarbeiterstreik in Polen. In Polen ist ein großer Textilarbeiterstreik ausgebrochen, an dem sich nicht nur die Arbeiter im Lodzer Industriegebiet beteiligen, sondern auch die andern Industriezentren, wie die von Tomaschew und Pabianice. Die Zahl der Streikenden wird auf 100 000 geschätzt. Die Textilunternehmer sind bereit, 20 Prozent der geforderten Lohnerhöhung zu bewilligen.

Mehr Courage!

Unter der Ueberschrift „Uns fehlt die Courage" bringt A. D. in der Meißner Volkszeitung einen Artikel, aus dem wir das Nachstehende wiedergeben, weil es der Beachtung wert ist. Wir nehmen dabei an, daß die Kritik mehr unsrer Reichspolitik als der in Sachsen gilt, da die Sozialdemokratie in der engeren Heimat auf verschiedenen Gebieten mit durchgreifenden Reformen begonnen hat. Zu erstreben ist, daß die Vereinigte Sozialdemokratie künftig auch in der Reichspolitik die Kraft der Arbeiterschaft entschiedener in die Wagschale wirft.

Zum Aufbau der Gesellschaft nach demokratisch-sozialistischen Grundsätzen gehört nicht nur Kenntnis der vorhandenen Widerstände, es gehört dazu auch eine gehörige Portion Rücksichtslosigkeit, eine Energie des Willens, die entschlossen ist, alle Hindernisse zu überwinden. An dieser Entschlossenheit des Willens fehlt es den Führern der deutschen Republik nur zu sehr.

Das ganze deutsche Volk lebt unter dem peinlichen Gefühl, daß die alten konservativen Mächte an Rücksichtslosigkeit, Entschlossenheit, Zähigkeit den Kämpfern für die Republik ungleich überlegen sind. Berücksichtigt man dazu noch die Verschlagenheit und Hinterhältigkeit dieser mit den reichsten Mitteln arbeitenden reaktionären Fechter, dann wird man mit Bangen diesen ungleichen Kampf beobachten.

Der demokratische Fortschritt stockt an unsrer allzu großen Anständigkeit. Ein Noske vermochte seine Energie nur nach links zu entfalten; vor den Offizieren und höheren Beamten und ihrer äußerlichen Gewandtheit versagte seine Kraft. Ihrer Hinterhältigkeit und aalglatten Heuchelei unterlag er. Noch wenige Stunden vor dem Kapp-Putsch erhielt er von höchsten Offizieren Ehrenwort und Versicherungen, daß keine Gefahr sei.

Es liest sich wie Selbstanklage, wenn unser von uns allen ob seiner Hingabe für die sozialistische Sache hoch geschätzter Genosse Dr. Gradnauer in seinem Buche „Verfassungswesen und Verfassungskämpfe" (Seite 17) über die Zeit nach der Revolution von 1848 sagt:

„Nur zu bald zeigte sich, daß das Bürgertum nicht befähigt war, die günstige Situation auszunutzen und seine Aufgaben zu vollenden. — — — Als es wie ein siegender Held auf die Bühne der großen Geschichte treten sollte, da zeigte es sich behaftet von Rückständigkeiten und Philistereien und Aengstlichkeiten. Es fehlte ihm der große Zug des Wollens und der Mut zur Tat; er erschrak vor den Wirkungen seines eigenen Beginnens. — — Kaum war das Bürgertum zum Siege gelangt, da zerspaltete es sich in verschiedene Richtungen. Unentschlossenheit und Uneinigkeit über das, was nun wirklich geschaffen werden sollte, griff um sich. — — Auf der andern Seite erkannten die alten Mächte mit Staunen, daß sie sich unnötig allzu sehr geängstigt hatten. Sie sahen sich nur überrumpelt, nicht besiegt, und allgemach begannen sie die Gegenrevolution vorzubereiten."

Paßt diese geschichtliche Anklage nicht ganz auf unsre Zeit? Wie war es seit 1918? Hochverrat häufte sich auf Hochverrat. Wir wußten kaum einen der Verbrecher zu fassen. Der Arm der Gerechtigkeit sank schlaff herab, wenn der Verbrecher aus der ehemals herrschenden Kaste stammte. Wir schufen uns ein Gesetz zum Schutze der Republik und wagen kaum, es anzuwenden. Aus außenpolitischen Erwägungen verzichteten wir auf die Erfassung der Sachwerte, begnügten wir uns mit der durch die Geldentwertung inzwischen fast wertlos gewordenen Goldmilliarde. Peinlichst korrekt blieben wir bei der Zertrümmerung der Zwangswirtschaft, bei der Bekämpfung der Getreideumlage, bei der Sabotage der Getreideablieferung, bei den frechen Treibereien der rechtsgerichteten Geheimverschwörer in Tölzern, Ostpreußen, Pommern usw. Peinlichst korrekt blieben wir bei der Sabotage der Versuche, die Mark zu stabilisieren, usw.

Wir übersehen dabei keineswegs die fabelhaften Schwierigkeiten, die sich schier unüberwindlich uns entgegenstellen, durchaus nicht, aber um manches hätte der Weg erfolgreicher fortgeführt werden können, wenn wir nur annähernd die Rücksichtslosigkeit in der Durchsetzung unsrer Ziele aufgewendet hätten, wie sie uns gegenüber die Gegner für ihre niederträchtige egoistische Interessenvertretung zur Anwendung brachten.

Kein Wunder, wenn im In- wie Auslande die Meinung sich mehr und mehr festsetzt, daß diese Republik zu schwach ist, ihre Rechte zu behaupten, und zu energielos, sich durchzusetzen. Wohl haben wir die fähigsten und opferbereitesten Menschen, wohl haben wir die leuchtendsten Ideen zu vertreten, uns fehlt nur eins: die Courage, diese Ideen mit der gehörigen Kraft durchzusetzen. Mit diesem Manko beladen, wird uns der Kampf unsagbar schwer.

Wagen wir es doch endlich, auf das Wutgeheul und die Meinung der Gesellschaft von gestern zu pfeifen. Zielklarer Willen und rücksichtslose Tat wird das Volk wohl zu würdigen wissen. Das hat uns die Wahl in Sachsen bewiesen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19221117/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gegen die Entlassung städtischer Arbeiter

Vor der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gab es zunächst in einer gemeinsamen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten ein Vorspiel. Es galt, die Vertrauensmänner für die Auswahl der Schöffen- und Geschworenen zu wählen. Unter den von dem zuständigen Ausschuß Vorgeschlagenen befand sich nur ein Parteigenosse, der Genosse Robert Fischer. Es wurde zwar trotzdem behauptet, daß der Ausschuß, dessen Zusammensetzung für die Gestaltung der Rechtsprechung sehr wichtig ist, paritätisch zusammengesetzt sei, weil der demokratische Stadtverordnete Berndt dem Ausschuß als Arbeitervertreter angehöre. Damit konnte sich aber unsre Fraktion nicht zufrieden geben. Genosse Fischer führte mit Recht aus, daß man, wenn Herr Berndt als ein Vertreter der Arbeiterschaft angesehen würde, von einer paritätischen Zusammensetzung auch dann sprechen könnte, wenn der volksparteiliche Gewerkschaftsbeamte Voigt oder der deutschnationale Handlungsgehilfe Stier in den Ausschuß entsandt worden wäre. Unser Antrag, eine nur als Vertreterin in Aussicht genommene Genossin zum ordentlichen Mitglied des Ausschusses zu machen, wurde trotzdem mit geringer Stimmenmehrheit abgelehnt, weil der Magistrat in seiner großen Mehrheit bürgerlich ist.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich u. a. mit den Arbeitsverhältnissen des Personals der Kinderfürsorgeanstalten. Diese Gelegenheit benutzten die Kommunisten, sich als die einzig echten und wahren Freunde des Achtstundentages aufzuspielen. Unsre Fraktion trat für die kommunistische Forderung, auch in den Kinderfürsorgeanstalten den 48stündigen Wochendienst einzuführen, nicht ein. Das Personal der Kinderfürsorgeanstalten hatte erklärt, daß es auf den Achtstundentag keinen Anspruch erhebe, weil es innerhalb der Dienststunden genügend Zeit zum Ausruhen hätte. Durch den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung wurden, insbesondre durch Festsetzungen von Ferien, andre Erleichterungen für die Angestellten der Kinderfürsorgeanstalten geschaffen.

Infolge der bei der Straßenbahn in Aussicht genommenen Einschränkung werden 400 Beamte und 250 Arbeiter überflüssig. Der Magistrat beabsichtigt, die Straßenbahner, soweit sie Beamte sind, in andern Dienststellen unterzubringen und dort Arbeiter oder Angestellte zu entlassen. Ein Antrag des Kommunisten Gruner gab der Stadtverordnetenversammlung Anlaß, sich eingehend mit den beabsichtigten Entlassungen zu befassen. Die Stadtverordnetenversammlung war sich darin einig, daß jetzt, unmittelbar vor Weihnachten, nicht städtische Angestellte oder Arbeiter in größerer Zahl auf die Straße geworfen werden dürfen.

Allgemeine Genugtuung wird es in der Bürgerschaft hervorrufen, daß, wie der Rat mitteilte, das Projekt, die Heide zu bebauen, aufgegeben worden ist.

•

Stadtverordnetensitzung vom 16. November 1922

Die Verhandlungen leitete Vorsteher Wirth.

Zunächst wurden mehrere kurze Anfragen erledigt. Auf eine solche des Stadtv. Wittmaack wurde vom Ratstische geantwortet, daß von den vom Reiche für die Kleinrentnerfürsorge neuerdings bewilligten Mitteln auf Dresden 5 400 000 M. entfallen, so daß die Stadt bedingungsgemäß noch 2 700 000 M. zuzuschießen hätte. Eine Vorlage hierüber wäre aber nicht zu erwarten, da die Stadt für den gleichen Zweck im ganzen schon mehr als 10 Millionen Mark aufgebracht habe, also erheblich mehr, als sie nach den Richtlinien des Reiches verpflichtet sei. Ueberdies würde wahrscheinlich schon im Laufe der nächsten Woche die weitere Verteilung von Barbeihilfen, Lebensmitteln usw. erfolgen.

Auf eine andre kurze Anfrage des Deutschnationalen Frabe wegen der bei der letzten Landtagswahl zutage getretenen Unstimmigkeiten in den Wählerlisten erklärte Stadtrat Dr. Krumbiegel, daß nur in ganz einzelnen Fällen Wahlberechtigte in die Listen nicht aufgenommen oder vom Wahlvorsteher zurückgewiesen worden sind, obwohl sie in der Liste eingetragen waren. Das erkläre sich wohl zum großen Teil mit dem Andrang der Wähler in der letzten Stunde, auch hätte in einem Wahllokal das Licht eine Stunde versagt. Eine ganze Anzahl von Personen habe auch wählen wollen, die nicht wahlberechtigt waren. Der Rat habe nichts versehen.

Die Einholung der Gas-, Wasser- und Strompreise

Das Kollegium hatte vor einigen Monaten einen Antrag angenommen, der für eine gerechter wirkende Einhebungsmethode eintrat und die rückwirkende Preisfestsetzung beanstandete. Der Verwaltungsrat hat darauf beschlossen, die Ablesung der Zähler auf möglichst wenige Tage zusammenzudrängen. Letzteres ist nur möglich, wenn darauf verzichtet wird, bei Ablesung der Zähler die Rechnung am Standort auszufertigen und einzukassieren. Da auch die nächste Zukunft noch weitere starke Preiserhöhungen notwendig machen wird, bei denen die Rückwirkung gleich lästig empfunden werden würde, hat der Verwaltungsrat in Aussicht genommen, die Gas- und Strompreise von jetzt an bereits dann festzusetzen, sobald die für die Preisbestimmung ausschlaggebenden Syndikatspreise für Kohlen bekannt sind, womit in der ersten Woche des Verbrauchsmonats gerechnet werden darf. Das Kollegium nahm davon zustimmend Kenntnis.

In den Verwaltungsausschuß der Erwerbsbeschränkten-Werkstätten wurden die Stadtv. Dr. Dienemann und Genosse Marx gewählt.

Für den verstorbenen Stadtrat Wetzlich war eine Ersatzwahl vorzunehmen. Gewählt wurde der Dipl.-Ing. Bommert zum unbesoldeten Ratsmitgliede.

Beschlossen wurde die Eingliederung der Feuerwache Dürerstraße und die Verwendung der dadurch freiwerdenden Räumlichkeiten zur Zentrale für den Sanitätsdienst.

Von der Ratsvorlage, die die weitere Erhöhung der Arbeiterlöhne betraf, wurde Kenntnis genommen.

Anläßlich eines Ratsschreibens, das sich mit der Uebernahme der Zentral-Arbeiterbibliothek des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte, wurde der Rat anderweit ersucht, zur Befriedigung eines örtlichen Bedürfnisses und in Erfüllung einer der Stadtgemeinde obliegenden Eingemeindungsbedingung alsbald im Osten der Stadt eine Zweigstelle der städtischen Zentralbücherei einzurichten.

Weitere 40 Millionen Mark zur Kartoffelverteilung an Minderbemittelte

Der Finanzausschuß empfahl, zur Durchführung einer zweiten im Dezember und einer dritten im Februar vorzunehmenden Kartoffelverteilung an Minderbemittelte ein Verechnungsgeld von 40 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen mit der Maßgabe, daß der Bedarf ganz oder zum Teil aus den für Dresden aufkommenden Erträgnissen des Hilfswerkes „Deutsche Notgemeinschaft" gedeckt wird.

Weiter hatte sich das Kollegium mit einer Ratsvorlage zu beschäftigen, die eine Erhöhung des Brückenzolls vorsieht. Am 29. Juni dieses Jahres hatten die Stadtverordneten beschlossen, daß der Brückenzoll bei Inkrafttreten einer allgemeinen Fahrzeugsteuer in Wegfall zu stellen ist. Jetzt wurde vom Finanzausschuß vorgeschlagen, dem Ratsbeschluß mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die Lastkraftwagen und Anhängewagen nur mit je 20 M. Brückenzoll belegt werden, des weiteren aber den Rat zu ersuchen, in Abänderung des Beschlusses des Kollegiums die Einhebung des Brückenzolls am 31. März 1923 einzustellen.

Die Arbeitszeit in den Kinderhorten

Zu einer Debatte führte die Ratsvorlage, die die Arbeitszeit und die Entlohnung des Personals der Heger-Bienert-Stiftung betraf. Vom Verwaltungsausschuß wurde vorgeschlagen, gemäß der Vorlage auf die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und Gewährung von Vergütung von Ueberstunden an das Personal der städtischen Kinderfürsorgeanstalten nicht zuzukommen. Gegen eine Ueberanstrengung des Personals soll dadurch Vorsorge getroffen werden, daß jede Ueberfüllung der Anstalten tunlichst vermieden wird. Durch andre Maßnahmen soll ein freier Nachmittag ermöglicht: und den Leiterinnen und Gehilfinnen ausreichender Erholungsurlaub in Anlehnung an die Schulferien gewährt werden.

Ein Minderheitsgutachten Schrapel (Komm.) forderte dagegen grundsätzlich die achtstündige Arbeitszeit auch für die Kinderfürsorgeanstalten.

Der Berichterstatter Genosse Pinkert erwiderte auf eine Bemerkung des Vorredners, der seine Verwunderung darüber ausgesprochen hatte, daß ein Sozialdemokrat hier einen Vorstoß gegen den Achtstundentag unternommen habe, daß die Kinderhorte das allerungeeignetste Objekt seien, sich auf den Achtstundentag zu versteifen. Die Pflegerinnen wollten selbst davon nichts wissen, weil die Grundlage dieser Kinderheime eine ganz andre sei, und bei näherer Prüfung der Dinge müsse man ihnen recht geben.

Das Minderheitsgutachten wurde gegen 4 Stimmen abgelehnt und darauf das Ausschußgutachten einstimmig angenommen.

Für den Erweiterungsbau der 70. Volksschule in Mockritz wurden 982 000 M. bewilligt.

Die Dresdner Heide

Von dem Ratsbeschluß, die Anträge der Stadtverordneten, von der Absicht, Teile der Dresdner Heide der Bebauung zu eröffnen, abzusehen und die Landesregierung aufzufordern, die Dresdner Heide zum unantastbaren Naturschutzgebiet zu erklären, mit Rücksicht auf den Stand der Angelegenheit für erledigt zu erklären, wurde Kenntnis genommen.

Endlich kamen noch mehrere

Anträge

zur Verhandlung. Ein Antrag Bösenberg, der den Rat ersuchte, verkehrslose Straßen, die zwar ausgebaut, aber noch nicht bebaut sind, als Lagerplätze für die städtischen Betriebe zu verwenden, oder sie als solche zu vermieten, wurde ohne Debatte angenommen.

In einem andern Antrage forderte Stadtv. Bösenberg, Maßnahmen zu erwägen, die auch bei langfristigen Pachtverträgen über gewerblich benutzte Räume eine Anpassung des Pachtzinses an die Teuerungsverhältnisse ermöglichen. Gegen wenige Stimmen wurde auch dieser Antrag angenommen.

Weiter forderte ein Antrag Clajus die Beibehaltung der bisher wöchentlich dreimal vorgenommenen Reinigung der Schulzimmer entgegen der neuen Anordnung, die Reinigung nur zweimal stattfinden zu lassen. Frau Weißwange wünschte die Einbeziehung der Turnhallen. Ein Zusatzantrag Oertel wünschte Erhöhung der Entschädigung für die Scheuerfrauen. Der entsprechend abgeänderte Antrag Oertel fand einstimmige Annahme.

An den Prüfungsausschuß ging ein Antrag Böhme (Komm.) auf Schaffung von Erholungsmöglichkeiten für Bettnässer.

Die Kündigungen bei der Straßenbahn

Zum Schluß kam noch ein Dringlichkeitsantrag Gruner (Komm.), der den Rat ersuchte, 1. den Stadtverordneten baldmöglichst eine Vorlage über die Verwendung des freiwerdenden beamteten Straßenbahnfahrpersonals zugehen zu lassen, 2. Kündigungen von Angestellten, Hilfsangestellten und Arbeitern so lange nicht auszusprechen, bis die Stadtverordneten zu dieser Frage Stellung genommen haben. Der Antragsteller sagte, die Straßenbahn sei am Ende ihres Lateins angelangt. Am 28. November solle der Straßenbahnbetrieb und das Personal um 20 bis 25 Proz. eingeschränkt werden. Die Folge sei, daß 400 Beamte und 250 Arbeiter der Straßenbahn übrig werden. Die Beamten sollen in den übrigen städtischen Geschäftsstellen beschäftigt werden, wofür letztere Leute entlassen sollen, darunter Familienväter mit vielen Kindern. Eine solche Politik machten seine Freunde nicht mit, der Rat sollte vielmehr eine Vorlage herübergeben, in der er klipp und klar erklärt, was er mit den gekündigten Straßenbahnern zu machen gedenkt. Der Rat sollte Arbeitsmöglichkeiten beschaffen.

Genosse Finsterbusch: Auch der Kenner der Verhältnisse wird nicht geglaubt haben, daß der Rat hier mit einer solchen Eile handeln würde. Tatsache ist, daß die Straßenbahn unter den gegenwärtigen mißlichen Verhältnissen genau so leidet wie die andern Betriebe, und deshalb ist es verständlich, daß auf Maßnahmen gesonnen wird, um ihren Weiterbestand zu garantieren, und daß man zu sparen trachtet. Bei der Straßenbahn ist bereits ein großer Teil der Hilfsangestellten entlassen bzw. in andre Betriebe untergebracht worden. Nun droht dasselbe den kündbaren Beamten. Ehe es der Rat mit seinem Vorgehen so eilig hatte, hätte der Verwaltungsrat doch erst mal all diese Dinge durchberaten sollen. Bei der gegenwärtigen großen Teuerung ist es daher zu verstehen, daß sich innerhalb der betroffenen Straßenbahner eine große Erregung bemerkbar macht. Das Vorgehen des Personalamtes beim Rate ist unverständlich, denn die Stadt hat die erste Pflicht, darauf zu sehen, daß so wenig als möglich Erwerbslose vorhanden sind. Damit ist nicht gesagt, daß nicht gespart werden soll und hie und da Entlassungen erfolgen sollen, notwendig aber ist, alle Härten zu vermeiden und zunächst Entlassungen möglichst zu vermeiden, indem die Arbeit gestreckt wird und ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Geschäftsstellen stattfindet. Jeder eingerichtete Mann ist für die Industrie ein Gewinn und ebenso auch für die Kommune. Wir werden deshalb für den Antrag Gruner stimmen.

Stadtv. Oertel (Dem.) stimmte den Ausführungen Finsterbuschs zu.

Oberbürgermeister Blüher: Der Antrag Gruner rühre an ein Problem, das dem Rat außerordentliche Sorgen bereite. Nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen haben, leiden unter den gleichen Verhältnissen. Er (Redner) sei mit dem Antrage einverstanden, insofern sich nun auch einmal die Stadtverordneten mit diesen Sorgen beschäftigen müßten. Von den sechs oberen Stellen bei der Straßenbahn seien bereits zwei eingezogen, es werde also wohl auch oben gespart. Ueber die Frage der Arbeitsstreckung lasse sich natürlich reden, aber in den beteiligten Kreisen denke man zum Teil auch darüber anders. Etwas Positiveres, wie man aus den Schwierigkeiten herauskomme, habe er heute abend noch nicht gehört. Die ausgesprochenen Kündigungen müßten zunächst vorsorglich aufrechterhalten werden.

Vizevorsteher Koblmann (Dnat. Vp.) entgegnete, es sei Sache des Rats, mit Vorschlägen für eine Lösung des Problems zu kommen.

Genosse Finsterbusch betonte, daß er und seine Freunde sich mit der Aufrechterhaltung der Kündigungen nicht einverstanden erklären könnten.

Darauf wurde der Antrag Gruner einstimmig angenommen.

•

Zuvor hatte eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden städtischen Kollegien stattgefunden, in der die Wahl der Ausschußpersonen für die Schöffen- und Geschworenenwahlen auf das Jahre 1923 vorzunehmen war. Der Gemeindevertretern einen einzigen Sozialdemokraten, nämlich den Genossen Robert Fischer, vorzuschlagen, während die übrigen drei Vertreter die Bürgerlichen stellen sollten. Zum ersten Male war auch eine Frau vorgeschlagen. Obgleich die Sozialdemokratie diejenige Partei ist, die von jeher für die Gleichberechtigung der Frau eingetreten ist und es deshalb einfache Anstandspflicht gewesen wäre, ihr nun auch das Recht einzuräumen, aus ihren Reihen eine Frau für diesen Posten vorzuschlagen, hat es der vorbereitende Ausschuß fertig gebracht, eine bürgerliche Dame, Frau Gertraud Bessell, vorzuschlagen. Der Berichterstatter, Stadtrat Dr. Krumbiegel, war so naiv, zu behaupten, die Parität sei dadurch gewahrt, daß zwei Arbeitervertreter vorgeschlagen seien, nämlich außer unserm Genossen Fischer noch der Hirsch-Dunckersche Berndt. Genosse Fischer appellierte an die Gerechtigkeit der andern Seite des Kollegiums und beantragte, die Genossin Kaspar zu wählen. Die Rechte wollte natürlich nichts davon wissen. Ein Antrag des Demokraten Eichler auf Zurückverweisung der Sache an den Ausschuß wurde abgelehnt, worauf mit 54 gegen 52 Stimmen die bürgerliche Vertreterin gewählt wurde. Die bürgerliche Mehrheit im Ratskollegium hatte den Ausschlag gegeben.

Neue Kaliforderungen der Entente

Vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands wird uns geschrieben: Die Reparationskommission verlangt von Deutschland die Lieferung von 50 000 Tonnen (1 Million Zentner) Reparationskali. Woher die Reparationskommission zu einer derartigen Forderung die Begründung nimmt und wie überhaupt eine derartige Forderung begründet werden kann, ist uns zunächst ganz unerklärlich. Die deutsche Kaliindustrie ist heute kaum imstande, die heimische Landwirtschaft mit Kali zu versorgen. Ein Mangel an Düngemitteln in Deutschland aber und eine damit verbundene Extensievierung der deutschen Landwirtschaft muß zu den fürchterlichsten Folgen führen. Es muß also zunächst sehr genau geprüft werden, ob aus dem angeführten Grunde überhaupt Reparationskali geliefert werden kann. Ganz ausgeschlossen aber muß das sein, wenn die Kaliindustrie die genügenden Kohlenmengen nicht bekommt. Ob es möglich sein wird, der Kaliindustrie die nötigen Kohlenmengen zu liefern, hängt wiederum von der Reparationskommission ab. Bei den heutigen Reparationskohlenlieferungen erscheint diese Möglichkeit ausgeschlossen. Wir erwarten, daß die Regierung die Forderung der Reparationskommission sehr sorgfältig prüft und nicht ohne die Zustimmung der Arbeiter entscheidet. Diese sind es letzten Endes, die als Produzenten und Konsumenten die Zeche zu zahlen haben werden.

Vermischtes

Die Zahl der Arbeiter in Petersburg. Nach amtlichen Angaben beträgt die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Petersburg zur Zeit 250 000, darunter 38 000 Metallarbeiter, 28 000 Transportarbeiter, 20 000 Eisenbahner, 14 000 Arbeiter der chemischen Industrie, 13 000 Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie, 10 000 Druckereiarbeiter, 11 000 Textilarbeiter, 7000 Bauarbeiter, 5000 Lederarbeiter, 13 000 städtische Arbeiter usw. Die Putilow-Werke beschäftigen gegenwärtig 1965 Arbeiter, die Petersburger Metallwerke 805; bei Nobel sind 429, bei „Leßner" 506, in der Fabrik „Atlas" nur 245 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der Petersburger Sowjetangestellten beträgt 15 000, der Post- und Telegraphenangestellten 6500. In dieser Aufzählung sind auch die auf der Arbeiterbörse registrierten Arbeitslosen miteingerechnet.

Vereinigte Arbeiterjugend

Bezirk Dresden-West. Sonnabend den 18. November, abends 7 Uhr, im Jugendheim Löbtau, Poststraße 15, I.: Wichtige Ausschußsitzung. Sämtliche Delegierten müssen erscheinen.